asta information
8. mai 1969
nummer 3
johann wolfgang goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1 ruf 0611-7983186

Setzt den Kampf gegen das Ordnungsrecht an der Basis fort

Mittwoch, 23. 4.: Universitätsadministration verweigert dem Iraner Achmed Taheri die Immatrikulation. Begründung: Versäumnis der „Ausschlußfristen"; einen Teil dieser Frist verbrachte Taheri nach seiner widerrechtlichen Verhaftung in U-Haft, Abschiebehaft und in der Nervenklinik. **Donnerstag:** Taheris Widerspruch wird abgelehnt; teach-in vor der Universität. **Freitag:** Verwaltungsteil der Universität von Polizei besetzt; Polizei knüppelt ein friedliches sit-in vor dem Immatrikulationsbüro auseinander. **Montag:** Polizei stürmt das Studentenhaus, verprügelt willkürlich Studenten, durchsucht Zimmer im Wohnheim-Teil des Studentenhauses ohne Haussuchungsbefehl. **Dienstag:** Teile der Universität weiter von Polizei besetzt; Polizei startet Offensive gegen teach-in; wieder Knüppeleien und willkürliche Verhaftungen; Studenten werden noch bis ins Westend verfolgt, dort verprügelt und festgenommen.

Während der Rektor der Professoren, Rüegg, in Flugblättern das Ziel der Aktionen auf den „Fall Taheri" beschränken wollte, zeigten der Polizeieinsatz und die Reaktionen von Brundert und Innenminister Schneider, daß sie die Zielrichtung der Aktionen genau verstanden: das geplante Ordnungsrecht, im „Fall Taheri" mit Hilfe der Disziplinargesetze vorexerziert; der Intention nach ein Instrument der „Befriedung" der Universität. Durch das Ordnungsrecht soll:

- die hierarchische Struktur der Universität gegen den Widerstand der Studenten erhalten werden
- die Studentenrevolte vor ihrer Stabilisierung als Widerstandsorganisation zerschlagen werden
- das Zusammenspiel von universitärer Disziplinargewalt und der dritten Gewalt, die Polizeifunktionen übernimmt, in einem totalen System der „Befriedung" der Universität ausgebaut werden.

Dieser aktuellen Bedrohung durch das Ordnungsrecht stand auf seiten der Studenten kein organisiertes Widerstandspotential gegenüber. Die Kriminalisierung der Genossen vor Gericht war zuwenig auf die Hochschule rückvermittelt, die Justizkampagne stellte sich als Kampagne der Justiz heraus. Wir hatten zuwenig erkannt, daß der Kampf gegen die politische Justiz und der Kampf gegen das Gewaltverhältnis in den Universitäten eins sind. Die Funktionen des Ordnungsrechtes sollten durch das teach-in am Donnerstag und das sit-in vor dem Immatrikulationsbüro am Freitag im Bewußtsein der Studenten aktualisiert werden. Die Reaktion der Universitätsadministration war exemplarisch; mit brutalen Polizeieinsätzen wurde der friedliche Angriff auf ihr wichtigstes Instrument beantwortet. Dies schuf die Voraussetzung für die nun nicht mehr abstrakte Einsicht in die aktuelle repressive Bedeutung des Ordnungsrechtes als Kampfmittel gegen jede Selbstorganisation des Studiums. In den Massenaktionen von Montag und Dienstag wurde das Gewaltpotential des Ordnungsrechtes aufgedeckt. In der Verbindung der Verweigerung der Immatrikulation Taheris mit dem Sturm der Polizei auf das Studentenhaus wurde die allgemeine Bedeutung des „Falles Taheri" deutlich; diese praktische Erkenntnis führte zu massenhaften Ad-hoc-Mobilisierungen.

Bei den Aktionen wurde eine neue Taktik des Gespanns Universitätsadministration – Polizei – Justiz sichtbar: Scheinbar wahllose Verhaftungen sollen zu massenhafter Verfolgung auch der „Mitläufer", der sich selbst organisierenden Studenten, führen. Über diese Kriminalisierung jeder Form der Selbstorganisation sollen die aktiven Teile der Studentenbewegung von der Studentenschaft isoliert werden.

Doch bei den sich noch weitgehend reaktiv herstellenden Strategien der Massenaktionen zeigten sich schon erste Ansätze einer sich stabilisierenden Selbstorganisation an der Basis. Nach der Diskussion der Strategie für die letzte Ordnungsrecht-Demonstration am Dienstag trafen sich die Basisgruppen, um eine agitatorische Umsetzung der allgemeinen Mobilisierung in ihre Fachschaften zu diskutieren (Sprengung von Vorlesungen und Übungen durch Diskussionen über das Ordnungsrecht).

Die Basisgruppen versuchten, den durch die Aktionen aufgebrochenen, sinnlich-anschaulich gemachten, bislang latenten Konflikt der Selbstorganisation des Studiums mit dem Ordnungsrecht des autoritären Staates als konkretes Problem ihrer fachspezifischen Arbeit zu erkennen und den Kampf gegen das Ordnungsrecht als ihr aktuelles Bedürfnis aufzunehmen. Die Folge war die in vielen Fällen von Basisgruppen initiierte Umfunktionierung von Vorlesungen und Seminaren zum Zweck der Erweiterung der Mobilisierung der Studenten. Als Erwiderung auf diese Versuche formulierte die Reaktion von Rüegg über Schneider bis zum ADS eine Isolierungsstrategie. Sie soll die Akteure des politischen Widerstandes an der Basis von den „arbeitswilligen" Studenten trennen. Diese Studenten werden aufgefordert, selbst das Ordnungsrecht zu realisieren, indem sie „organisierte Notwehr" gegen die Studentenbewegung praktizieren (Sauermanns Freischärler sind ein signifikantes Beispiel).

Rüegg: „Solange vom SDS und seinen AStA-Hilfstruppen Gewaltakte angedroht und durchgeführt werden, um Kommilitonen an der auch zu ihrer sozialen Sicherheit notwendigen Immatrikulation zu hindern, werde ich weiterhin polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen." Innenminister Schneider: „Die Landesregierung hat alle ihr zu Gebote stehenden Mittel eingesetzt, um die Freiheit von Forschung und Lehre an der Frankfurter Universität wiederherzustellen. Sie betrachtet es als ihre Pflicht, den arbeitswilligen Studenten die erforderlichen Arbeits- und Studienbedingungen zu sichern und die Rechte der Bürger zu wahren. Als amtierender hessischer Ministerpräsident appelliere ich an alle gutwilligen und demokratischen Kräfte in der Studentenschaft und in der Bürgerschaft, die Landesregierung bei der Erhaltung von Sicherheit und Ordnung zu unterstützen." RCDS: „Gemäßigte Studenten werden in steigendem Maße dazu überzugehen haben, gegen die Kriminalisierung der Hochschule durch den SDS Notwehr zu praktizieren." Die FR zitiert den ADS: „Deshalb müsse allen Anarchisten die Aktionsmöglichkeit, den sie unter dem Schutz der demokratischen Ordnung in Szene setzten, mit der Kraft demokratischer Mittel verweigert werden." Als sein vornehmstes Ziel sieht er die „Isolierung des SDS in der Studentenschaft".

Dieser Politik des autoritären Staates wird die Studentenbewegung eine Strategie entgegensetzen, die sich von der Frage leiten läßt, wie es möglich sein wird, den Kampf gegen das Ordnungsrecht ohne permanenten Druck durch generelle Massenaktionen, ohne ständig der Gewalt des Staates in Gestalt der Polizei unmittelbar konfrontiert zu sein, offensiv und breit organisiert weiterzuführen. Wir haben erkannt, daß eine Partikularisierung der Basisgruppen eine Isolierung tendenziell ermöglichen würde, wenn sich unsere Strategie nur reaktiv auf die Maßnahmen der Universitätsadministration und der Staatsgewalt verhält und losgelöst von der Basisarbeit entwickelt wird. Jetzt gilt es, die organisatorischen Schwächen der Revolte in der Basisarbeit anzugehen, die Ad-hoc-Mobilisierung umzusetzen in die langfristige Organisation des Widerstandes gegen das Ordnungsrecht durch seine Konkretisierung in der Basisarbeit. Drei Aufgaben haben die Basisgruppen zu lösen: Sie müssen lernen, im Wider-

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Strategie der Basisgruppen und zur möglichen Funktion des AStA-Info

Die Situation der Basisgruppen, die Probleme ihrer Kommunikation untereinander und der Art ihrer Strategieproduktion kann man beispielhaft an der Arbeit der Arbeitsgruppen im Spartakus-Seminar und dem Zusammenhang dieser Arbeit mit der Produktion von Strategien bei den Soziologen im WS 1968/69 analysieren.

Die Arbeit im Spartakus-Seminar unter dem Titel „Aktiver Streik" zeigte qualitativ neue Momente gegenüber früheren Mobilisierungen.

Das Muster der Aktionen von den ersten Vietnam-Aktionen bis zu den Springer-Demonstrationen (gegen unsere konkreten Situationen) abstrakter Aufklärung (Vietnam-Kongresse etc.) folgten Minderheits-, später Massenaktionen, die mit zunehmender Konkretion Machtstrukturen innerhalb dieser Gesellschaft offenlegten, ein virtuell vorhandenes Gewaltpotential in manifeste Gewalt verwandelten. Die ad hoc mobilisierten Akteure erkannten für einen Moment individuelle Probleme als allgemeine, als die Gesellschaft/die Universität charakterisierende.

Dieser Charakter der Ad-hoc-Mobilisierung wurde zum ersten Mal entscheidend im Spartakus-Seminar durchbrochen. Doch in der Selbstorganisation der Mobilisierten in den Arbeitsgruppen, in dem Aufbrechen der Trennung von Studium und politischer Arbeit wurde eine Qualität vernachlässigt. Aus der in den Arbeitsgruppen gelieferten Kritik am etablierten, lernpathologisch organisierten Lehrbetrieb entwikkelten sich erste Ansätze kollektiven Lernens. Im Verlaufe des Streiks jedoch wurden diese Ansätze auf der einen Seite formalisiert, indem man unter Abstraktion von spezifischen Inhalten die Fragen emanzipatorischen Lernens diskutierte. Auf der anderen Seite wurde die Arbeit in Arbeitsgruppen nicht mit dem politischen Kampf gegen die Universität des autoritären Staates vermittelt. Die Probleme der Durchsetzung der in Arbeitsgruppen entwickelten neuen Projekte wurden vollkommen verdrängt.

Über die Untersuchung der Bedingungen dieser Selbstorganisation hinaus gelang nicht die der Bedingung dieser Organisation als Widerstandsform gegen eine technokratische Universität. Konkret: die Selbstorganisation des Studiums wurde genährt von der fatalen Ideologie, die vorläufig experimentellen Formen der Neuorganisation würden institutionell gegenüber der Universitätsadministration abgesichert qua Satzung. Die Überschätzung der OSI-Satzung, das Verständnis des Negativkatalogs als real durchsetzbar gegenüber den Ordinarien ging einher mit der Ideologie der Möglichkeit der Schaffung eines Freiraumes der linken politischen Arbeit in einer reaktionären Universität innerhalb eines autoritären Staates.

Kennzeichnend für diese Arbeit der Arbeitsgruppen war die Art der Strategiebildung bei den Soziologen: abstrakt von der Arbeit der Arbeitsgruppen wurden die aktuellen Strategien wesentlich reaktiv auf die Aktionen der aus unserem Seminar gefeuerten Ordinarien produziert.

Die Abstraktheit der Konzeptionen der Arbeitsgruppen von der Reflexion ihrer Organisation als Widerstandspotential gegen die technokratische Hochschule (also unter der Bedingung der Fortdauer dieser reaktionären Form der Hochschule, gefährlich geläutert durch ihre Funktionalisierung im Hinblick auf die neuen Bedürfnisse der Wirtschaft und des autoritären Staates) wurde deutlich beim generellen Veto der Professoren gegenüber dem Negativkatalog, bei der kriminellen Festnahmeaktion der im Institut für Sozialforschung diskutierenden Genossen durch die Soziologie-Ordinarien. Die Arbeitsgruppen partikularisierten sich weiter; die an der Hochschule relevanten Initiativen wurden geteilt von zwei gegensätzlichen Fraktionen. Detlev Claussen bezeichnet sie wie folgt („Zur Kritik falschen Bewußtseins in der studentischen Revolte", wird abgedruckt in der nächsten „Neuen Kritik"): „Die zentrale Ideologie dieser Fraktion (die der bornierten Hochschulreformisten) besteht in der abstrakten Trennung von Wissenschaft und Politik, die politische Machtauseinandersetzungen an der Universität entweder ‚scheinrevolutionär' denunziert oder akademisch auf ‚wissenschaftsimmanente' Argumentation zu reduzieren versucht. Immanente wissenschaftliche Diskussion führt sie dann ad absurdum, wenn sie die Parteilichkeit wissenschaftlich fundierter Argumentation im Bezugsrahmen politischen Kampfes leugnet. Offenbar wird dies, wenn die Forderung einer emanzipatorisch-wissenschaftlichen Ausbildung entweder mit dem positivistischen Hinweis auf den institutionellen Rahmen oder aber mit dem Diktum einer pessimistischen Anthropologie der ewigen Wissensvorsprünge der wissenschaftlich Ausgebildeten zurückgewiesen wird. Der Angriff auf die bestehende schlechte Organisation der Produktivkraft Wissenschaft und deren Formen der Aneignung wird von diesen Akademikern als ‚Zerstörung der Wissenschaft' bezeichnet; mit dem Vorwurf, die Studenten würden wissenschaftsextern vorgehen, liefern sie sich den bestehenden wissenschaftsexternen Ansprüchen von Staat und Kapital permanent aus. Diese Fraktion wurde in der Praxis exemplarisch in Frankfurt entlarvt, als ihr erster Wortführer Habermas, der am technokratischsten aller Hochschulgesetzentwürfe mitgearbeitet hat, alle Forderungen nach institutioneller Absicherung studentischer Autonomie mit den erwähnten Argumenten und schließlich mit Polizeigewalt zurückwies. Der partielle Verlust an Realitätsbewußtsein in der bornierten Hochschulfraktion wurde manifest, als diese Gruppe den Polizeieinsatz, den die Frankfurter ‚Kritische Theorie' in offensichtlicher Übereinstimmung mit der Reaktion in Universitäts- und Staatsbürokratie gegen die im Institut für Sozialforschung diskutierenden Studenten veranlaßt hatte, denen durch die zweite Polizeibesetzung des Instituts in der Myliusstraße wiederum mit Billigung von Habermas, Friedeburg und Adorno das Organisationszentrum genommen war, rechtfertigte und unter dem Namen der ‚Philosophischen Fachschaft' den Professoren Verhandlungen anbot. Dieses Bewußtsein, das an die angebliche Resistenzkraft von Institutionen gegenüber den Formierungstendenzen des autoritären Staats glaubt, ohne zu sehen, daß die institutionellen Absicherungen ohne die organisierte Macht der studentischen Basis jederzeit revokabel sind, mußte auf Vollversammlungen und im SDS offen bekämpft werden. Diese Auseinandersetzung mit dem falschen Bewußtsein der genannten Fraktionen produzierte eine neue Machtkampfideologie.

Die Blindheit einer bloß akademischen Politik, die Notwendigkeit einer Entlarvung des hochschulbornierten Bewußtseins wurde in schlechter Analogie zu früheren Minderheitenaktionen umgesetzt in eine Polarisierungsstrategie, die durch die Bekämpfung aller reformistischen und antiautoritären Elemente die inner- und außeruniversitär verbindlich arbeitenden Kader konstituieren sollte. Der ‚Polarisierungsstrategie' liegt das Mißverständnis zugrunde, die Formierungstendenzen des autoritären Staates als unabwendbar in einem reinen Entwicklungsprozeß der Faschisierung zu begreifen. So reduziert sich bei den Ideologen dieser Politik der Begriff der Reaktion auf einen festgefügten, einheitlichen Machtapparat, der die Gesamtgesellschaft total unter sich subsumiert, so daß man nur in einem existentialistischen Akt auf bürgerliche Karriere verzichten kann und sich für die verbindliche Arbeit des Widerstandes entscheiden muß. Die Politisierung und Erziehung antiautoritärer Studenten zu kontinuierlicher, verbindlicher Arbeit reduziert sich auf einen moralisierenden Dezisionismus, doch dem gegebenen Beispiel nachzufolgen."

Analog zur fehlenden Kommunikation der Arbeitsgruppen im Spartakus-Seminar untereinander — sprich: Abstraktheit der Arbeit der Arbeitsgruppen zur Produktion von Strategien — steht die handwerkliche Singularität der Basisgruppen zueinander. Ausdruck dieser Singularität ist ein Fehlen von absehbar effektiven Mobilisierungsstrategien auf Fachschaftsebene.

Diese Kommunikation versucht das AStA-Info auf doppelte Weise herzustellen.

Fortgeschrittene Basisgruppen (Politologie, Jura) haben die Initiativfunktion ergriffen, Redaktionssitzungen des Info zur Kommunikation zwischen Basisgruppen umzufunktionieren: einzelne Mitglieder von Basisgruppen wurden angesprochen, den Diskussionsstand in ihrer Basisgruppe kurz zusammenzufassen und in den Redaktionssitzungen mit Mitgliedern aus anderen Basisgruppen zu diskutieren. Fachbornierten Handwerkeleien soll die Dimension von Mobilisierungsstrategien eröffnet werden: auf dem Hintergrund der Kritik der Arbeit der Basisgruppen in der Kommunikation untereinander, mti fortgeschritteneren Basisgruppen, die in einem allgemeineren Diskussionszusammenhang stehen (deren Politik den allgemeineren Charakter gesamthochschulrelevanter Mobilisierung teilweise schon erreicht hatte), lernen diese Basisgruppen ihre eigene Arbeit im Rahmen möglicher zu entwickelnder Ansätze politisch einzuschätzen, zu kritisieren und umzuformulieren.

Partielle Probleme können in ihrem allgemeinen Charakter begriffen werden (Ordnungsrecht, Lehrerausbildung etc.). Dadurch können Mobilisierungen in allgemeinen Aktionen fachschaftsspezifisch organisiert werden; akut Mobilisierte können sich so um den Kern der Basisgruppe organisieren. Der Gefahr der permanenten Senkung der Frustrationstoleranz bei den Mobilisierten kann begegnet werden, indem generelle Themen in die einzelnen Fachschaften agitatorisch umgesetzt werden. (Als am 28. April die Offensive gegen die Besetzung der Universität durch die Polizei diskutiert wurde, organisierten sich einzelne Basisgruppen; sie diskutierten die Umsetzung der Offensive in eine Agitation innerhalb der Fachschaft. Während und nach den Aktionen am 29. April sprengten sie ihre Vorlesungen durch Diskussionen über die Polizeibesetzung.) Die Kommunikation zwischen den Basisgruppen bliebe folgenlos, wenn die Diskussion über strategische Ansätze und konkrete Projekte innerhalb des Kommunikationsfeldes AStA-Info nicht in die Arbeit der Basisgruppen rückvermittelt würde. Diese Rückvermittlung kann einmal nur durch die Basisgruppenmitglieder geleistet werden, die an den Redaktionssitzungen teilnehmen; zum anderen dadurch, daß Mitglieder des festen Redaktionsstabes an einzelnen Basisgruppensitzungen teilnehmen. Die Verbindlichkeit der Diskussion der Basisgruppen selbst gegenüber ihrer Fachschaft wird durch die Veröffentlichung der in einem Paper objektivierten Diskussion (Info-Artikel) verstärkt.

Dieser Beitrag selbst ist Ergebnis der Diskussion einzelner Mitglieder von Basisgruppen (Politologie, Jura, Psychologie, Germanistik). Dennoch ist diese Konzeption bei den Beiträgen der Basisgruppen in dieser Nummer weitgehend nicht verwirklicht worden. Die — im Anfang noch labilen — neuen Arbeitsstrukturen hielten einmal dem Druck der Ordnungsrechtsaktionen und dem damit verbundenen Arbeitsdruck noch nicht stand. Zum anderen wurden diese neuen Strukturen noch nicht unterstützt durch praktisch wirksame Kommunikationsbedürfnisse von seiten der Basisgruppen. Sie zu wecken, versucht diese Info.

Diskussionsstand der Basisgruppe Psychologie:

Unsere politische Arbeit wird sich primär auf die Anfangssemester ausrichten. Zur Verbreiterung unserer Basis ist die Vermittlung theoretischer und praktischer Arbeitsinhalte erforderlich. Da wir im Augenblick nicht in der Lage sind, selbständige und aus psychologischer Perspektive notwendige Projektgruppen zu initiieren, müssen einzelne Gruppen von Psychologen in den bestehenden Projektgruppen mitarbeiten. Erst mit dieser Erfahrung können wir sowohl theoretisch wie praktisch unsere Arbeitsbereiche neu strukturieren, d. h. neue notwendige Projektgruppen bilden oder die Arbeit der bestehenden Gruppen auf andere erforderliche Gebiete ergänzen.

In dieser Praxis können sich die Schwierigkeiten, die durch ein unterschiedliches Ausbildungsniveau und Herausbildung von Gruppenautoritäten entstehen, durch den konkreten Anspruch der Arbeit lösen.

1. Diese politische Arbeit außerhalb der Hochschule soll die politische und psychologische Praxis vereinigen, die dadurch eine Erfahrung für die revolutionäre Berufspraxis bedeutet. Durch die entstehende Diskrepanz zwischen praktisch-theoretischer Erfahrung und dem Lehrstoff wird das Bedürfnis nach entsprechender Vermittlung provoziert und dadurch der Reglementierung an der Hochschule Widerstand entgegengesetzt.

2. Durch die Unterstützung der Anfangssemester in Problemen, die sich aus dem Studiengang ergeben, wird der politische Zusammenhang durchsichtig gemacht.
Eine Durchbrechung des starren Studienganges und der durch die Reglementierung bestehenden Schein-Zwänge (z. B. Zulassung zu Seminaren und Praktika für Anfangssemester nur durch Nachweis eines Statistikscheins) kann nur in Zusammenarbeit mit den Anfangssemestern geleistet werden. Die Politisierung der höheren Semester (insbesondere nach dem Vordiplom) stellte sich nach Erfahrungen des Winterhalbjahres als weitgehendst unmöglich heraus. Einerseits durch die fachbedingte Anpassung, andererseits durch die Angst vor Repressionen von seiten des Instituts. Dadurch bedingt sich auch eine Verkleinerung und Isolierung unserer Basis, wodurch eine zielgerichtete anstatt einer über alle Semester ausgeweiteten Agitation als allein sinnvoll erscheint. Hierdurch wird nicht gesagt, daß diese Arbeit im Hinblick auf die älteren Semester nicht auch Wirkungen einschließt. Kampagnen gegen bestehende und noch auftretende Repressionen ergeben sich aus unserem aufgezeigten Vorgehen, die auch dazu beitragen, eine verbale Solidarisierung zu einer praktisch-verbindlichen werden zu lassen.

Ffm., 17. 4. 1969

Fortsetzung von Seite 1

stand das Studium der Genossen in Studiengruppen zu organisieren, um den Zeitaufwand für die soziale Absicherung der Studenten (notwendige Examen) so gering wie möglich zu halten. Sie müssen, einem aktuellen Bedürfnis nachkommend, eine theoretische Schulungsarbeit der Studenten organisieren, damit sich bei den Studenten zumindest Ansätze eines historischen Bewußtseins ihres Kampfes herausbilden können. Sie müssen die Studenten in Arbeitsgruppen an konkreten Projekten innerhalb einer Mobilisierungsstrategie organisieren. Diese Arbeit wird erst möglich durch die zentrale Kommunikation zwischen den Basisgruppen, in denen auftretende Schwierigkeiten diskutiert werden können.

Erst so können die bislang nach jeder spektakulären Massenaktion auftretenden desorganisatorischen Tendenzen verhindert, die Frustrationsschwelle bei den Studenten gehoben und dem Rückzug ins private Studium oder in bornierte Basisgruppenarbeit begegnet werden. Erst durch eine solche Umsetzung aktueller Mobilisierung in die jeweiligen Fächer kann die spontane Politisierung der letzten Tage stabilisiert werden, die organisatorische Vermittlung des politischen Kampfes gegen den autoritären Staat und sein Ordnungsrecht mit der Selbstorganisation an der Basis vermittelt werden.

Streik der Psychologiestudenten

Der Streikbeschluß der Psychologiestudenten kam im Vergleich zu anderen Fächern verhältnismäßig spät, am 19. 12. 1968. Die Ursachen hierfür, und für den sehr plötzlichen und totalen Zusammenbruch der Streikbewegung, sind in der Organisation des Psychologiestudiums und bei den ignoranten und autoritären Verwaltern der Anpassungswissenschaft Psychologie, die so etwas bei ihren Studenten nicht gewöhnt waren, zu suchen. Ein Studienweg, der bis zum Vordipl. durch Schein-Zwang jeden Schritt reglementiert, in dem ein verpaßter Schein ein verlorenes Semester bedeuten kann, und Professoren, die unfähig sind, außer bei privaten Kontakten, mit Studenten zu sprechen, bei denen die kleinste Regelverletzung schon des guten Tones neurotische Reaktionen hervorruft, Assistenten, die mit missionarischem Eifer Vernunft und Ordnung predigen, hatten bei den Studenten, die durch diese Mühle gedreht worden waren, deutliche Spuren hinterlassen. Es gab keine Fachschaft und keine Vollversammlungen, Forderungen nach Selbstbestimmung und Kritik des so mühsam und frustrativ erworbenen Wissens, bereits die Diskussionen darüber wurden zur existentiellen Verunsicherung der kleinen grauen Professoren. Getragen wurde die Streikbewegung hauptsächlich von den jüngeren Semestern im ersten bis dritten Semester, und nur hier gelangen im Ansatz Versuche, im Widerstand gegen den Schütte-Entwurf Formen der Selbstbestimmung und Selbstorganisation in Vorlesungen und Übungen zu praktizieren. Die inhaltliche Diskussion der Kritik an der Wissenschaft Psychologie, ihrer gesellschaftlichen Funktion, ihrer Methoden, Voraussetzung dafür, ein Verständnis der eigenen Praxis zu bekommen und Stellung beziehen zu können, wurde erfolgreich begonnen, aber noch nicht in dem Umfang geleistet, wie es notwendig gewesen wäre, besonders für die Situation der jüngeren Semester, die dem Gegenstand ihres Studiums, einer Wissenschaft, die sich und die Folgen ihrer Praxis nicht zu reflektieren vermag, weitgehend verunsichert und begrifflos gegenüberstehen. So wurden die Forderungen, von der Basisgruppe formuliert, von den Studenten mehr guten Glaubens und Willens übernommen, als von Einsicht und Verständnis der Situation getragen zu werden, und erst in der Praxis der aktiven Streikmaßnahmen gelang es, Verständnis zu gewinnen, daß es um mehr als eine Steigerung der Effizienz der Universität, die den an sie gestellten Forderungen nicht gerecht werden kann. Demgegenüber stand die Schwierigkeit der Basisgruppe, die zwar auf Erfahrungen der Protestbewegung und anderer Basisgruppen aufbauen konnte, deren Mitglieder sich aber zum größten Teil auch erst in der Streikbewegung emanzipieren mußten, die erst in der konkreten Erfahrung des Streiks die Erfahrungen nachvollziehen mußten.

Im vorhergehenden Semester war die Diskussion über die Praxis der Psychologie über die „wertfreie" Wissenschaft und die Form der Wissensvermittlung und Organisation von einigen Studenten geführt worden, eine Podiumsdiskussion mit einigen Professoren und Assistenten hatte bewiesen, daß studentische Forderungen, selbst systemimmanente Kritik, auf unverbindlichen Applaus, Verständnislosigkeit und Widerstand stießen. Die unverbindliche Diskussion wurde zum Ventil für Kritik und Versuche der Neuorganisation.

Am Ende der Semesterferien konstituierte sich die Basisgruppe Psychologie mit der gleichen thematischen und organisatorischen Zielsetzung, in kritischer Reflektion des Inhaltes sowie des methodologischen Ansatzes des gebotenen Lehrstoffes ein neues Verständnis der Psychologie zu erarbeiten. Es wurden Vorlesungskritiken, Gegenvorlesungen und AK (z. B.: Sozialgeschichte des Begabungsbegriffes) geplant und in Ansätzen auch durchgeführt. Vorstellungen, wie die neuen Erkenntnisse in verbindliche Praxis für alle Studenten umgesetzt werden könnten, waren, soweit vorhanden, unklar, es fehlte an Vorstellungen, wie es bewerkstelligt werden könnte.

Die Erfahrungen der AfE-Studenten im Widerstand gegen den Schütte-Brief und die Streikbewegung, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in AK, zeigten ein Modell, über die Phase stets folgenloser Diskussionen und Proteste hinauszugelangen.

Der erste Versuch am 9. 12., in einer Vorlesung von Süllwold eine Diskussion zu beginnen, scheiterte an Süllwolds Weigerung und der mangelnden Bereitschaft der Studenten (die es offensichtlich nicht wagten, sich zu ihrem Diskussionswillen zu bekennen, wenn Süllwold anwesend ist. Süllwold hat ja auch im Rahmen seiner Disziplinarverfahren ein gutes Namens- und Gesichtsgedächtnis bewiesen). Ein weiterer nachhaltiger Versuch in der nächsten Vorlesung gelingt, Süllwold zieht den Schwanz ein und verschwindet. Er kommt dann nur noch einmal zu einer Vorlesung, um mitzuteilen, daß er ab sofort keine Vorlesungen mehr halten werde. Während er sich auf der einen Seite weigert, mit Störern überhaupt noch zu sprechen, bastelt er eifrig an der Vorbereitung von Disziplinarverfahren und überläßt die Auseinandersetzung mit den Studenten seiner Assistentia, die auf kaum einer VV den Versuch versäumt, die Diskussion an sich zu reißen — die beschwichtigende und beschwörende Argumentation geht bruchlos von Assistent zu Assistent — und den aktiven Streik als Linksfaschismus zu diffamieren.

In der Zeit vom 9. 12. bis zum 19. 12. wird die Diskussion in allen wichtigen Veranstaltungen (Praktikum I, II; Statistik; Entwicklungspsychologie; Methodenkurs) geführt, in der VV am 19. 12. wird ein Streikbeschluß gefaßt. Ca. 146 Studenten (von 400 eingeschriebenen Studenten) beschließen:

Den gesamten Vorlesungsbetrieb durch AK in studentische Selbstverwaltung zu ersetzen

Stattfindende Vorlesungen aktiv zu bestreiken

Der Streikbeschluß ist unbefristet.

Über die Semesterferien wird ein Paper an alle Studenten, Assistenten und Universitätslehrer der psychologischen Institute verschickt, in dem die Argumentation zusammengefaßt wird, die Forderungen der Studenten formuliert werden und die geplanten AK organisiert werden. Am Ende der Semesterferien soll am 7. 1. 1969 ein Seminar von Süllwold umfunktioniert werden. Studenten der Germanistik unterstützen den Versuch, Verbindlichkeit für die Vollversammlungsbeschlüsse durchzusetzen. Süllwold schreibt Namen von Studenten auf, die ihm von Diskussionen her bekannt sind, ehe er überhaupt den Hörsaal betritt. Die Auseinandersetzung wird sehr lebhaft, Diskussionsversuche werden von Studenten des Seminars niedergeschrien, Kommilitoninnen schreien, als ob sie gevögelt werden sollen. Ein Rückzug in die Bibliothek des Institutes bringt keine Besserung, die Szene setzt sich dort fort, Rhien kommt und geht, es stinkt.

An diesem Punkt bricht die Streikbewegung zusammen. Ohne ausreichende praktische Solidarisierung der Studenten wird der Protest einzelner zum sinnlosen Opfer. Ein weiterer Punkt, der die Streikbewegung zusammenbrechen läßt, ist, daß die Klausurtermine zeitlich so nahegerückt sind, daß besonders diejenigen, die am aktivsten mitgearbeitet haben, nun viel Stoff nachzuholen haben, um das Semester nicht zu verlieren.

Am 21. 1. 1969 beschließt die VV, die Ordinarien Süllwold und Rausch aufzufordern, zu den Forderungen, AK zu unterstützen, Stellung zu nehmen bzw. sie mit den Studenten in einer VV zu diskutieren. Beide weigern sich.

Wenn Sie an dieser Dame

mehr als kulturhistorisches Interesse haben:

Wir verteilen 6x in der Woche mehrere dieser Damen an Schüler und Studenten

Wir bieten Ihnen einen Job, bei dem Sie kommen und gehen können, wann es Ihnen paßt.

Der Job:

irgendwann zwischen Montag und Freitag von 15 bis 19 Uhr, Sonntag von 17.30 bis 20.30 Uhr die »Frankfurter Rundschau am Abend« in der Innenstadt verkaufen.

Der Verdienst liegt zwischen 4,50 und mehr Bundesthalern pro Stunde.

Außerdem können Sie für eine Mark in der Rundschau-Kantine dinieren und dabei die Mensa vergessen.

Rufen Sie uns bitte unter der Nummer **2199424** oder **2199479** an

Entstehung und Arbeit der Basisgruppe Politologie

I. Die Entstehung der Basisgruppe Politologie

Im WS 1968/69 hieß das Thema des Hauptseminars in der Politikwissenschaft „Anarchismus und moderne Gesellschaft". Gerade für diejenigen unter uns, die sich mit der Problematik schon vorher beschäftigt hatten, war es erstaunlich, daß ihnen von seiten der Assistenten ein Arbeitsplan einfach vorgelegt wurde, der entscheidende Punkte in der heutigen Anarchismus-Diskussion vernachlässigte. In der Frage, wo der Schwerpunkt des Seminars liegen sollte, kam es daraufhin zu Auseinandersetzungen inhaltlicher Art. Es wurde bald deutlich, daß in den Arbeitsplan bereits ein Begriff von Anarchismus eingegangen war, der die praktisch-aktuelle Dimension, z. B. im Hinblick auf die Studentenbewegung, vernachlässigte. Also hieß es, den Arbeitsplan, der doch so schön im Kämmerlein ausgearbeitet worden war, umzustoßen. Von der anfangs wissenschaftsimmanenten Kritik gingen deshalb einige von uns zur Kritik an der Organisation der Veranstaltung über. Sie wurde danach nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt. Wenn auf diese Weise auch die „akademische" Behandlung des Anarchismus zu kurz gekommen war, so war doch den meisten Studenten klargeworden, daß sie bestimmte Herrschaftsstrukturen am Institut zuvor unbefragt akzeptiert hatten. In Frage gestellt wurden auf Grund des studentischen Protestes die Art der Planung des Seminars, die Form des „Leistungsnachweises" (Einzelreferate), der organisatorische Ablauf der Sitzungen des Seminars usw.

Etwa 15 aktive Studenten, darunter die der „Satzungs-Gruppe", konstituierten dann Ende November die Basisgruppe Politologie. Die Politisierung der Politik-Studenten blieb oberflächlich und relativ kurzfristig, weil die Vermittlung von spezifischer wissenschaftlicher und politischer Arbeit am Institut mit der allgemeinen politischen Praxis und Strategie der Studentenbewegung in Ffm. nicht geleistet wurde. Dies Versäumnis rührt daher, daß die Strategie sich während des Streiks nur naturwüchsig entwickelte und nicht breit diskutiert wurde, am allerwenigsten in den Basisgruppen, wodurch diese (besonders bei den Politologen) isoliert arbeiteten. Daher gelang es auch nicht, den gesamtuniversitären Streik umzuwandeln in einen Kampf für die radikale Demokratisierung der Organisation des eigenen Instituts.

Statt dessen wurde im „aktiven Streik" bloße Wissenschaftskritik betrieben. Es entstanden zwei Arbeitsgruppen:

a) Kritik an der Verwertung politikwissenschaftlicher Produkte in der Sozialkunde

b) Kritik am Verhältnis von autoritären und technokratischen Texten der Politikwissenschaft zu liberalen und pluralistischen.

Weder für die AG's noch für die Satzungsforderung gelang es, eine große Zahl von Politikstudenten zu mobilisieren, d. h. die Basisgruppe blieb eine isolierte Minderheit.

II. Die Arbeit der Basisgruppe und ihre Mängel

Die neugebildete Gruppe hatte kein einheitliches Konzept für ihre Arbeit. Wir konnten nicht verhindern, daß die Basisgruppe Cliquencharakter annahm und in den Vollversammlungen und Seminaren der Politologen den Kontakt zu den interessierten Studenten verlor. Das lag besonders an mangelnder „Öffentlichkeitsarbeit". Außerdem vernachlässigte sie die eigene Diskussion über die Notwendigkeit der politischen Arbeit inner- und außerhalb des Instituts, die allmählich eine größere Geschlossenheit ermöglicht hätte. Infolge mangelnder Kommunikation zwischen den Basisgruppen (Basisgruppenrat scheiterte) fiel die Zusammenarbeit mit den Gruppen anderer Disziplinen so gut wie völlig aus. Im übrigen war die Streikbewegung und ist die Studentenbewegung in Ffm. auch heute noch zu sehr auf die Soziologen fixiert.

Trotz weitgehender personeller Identität der Basisgruppe und der Arbeitsgruppen wurde niemals verbindlich der politische Stellenwert der AG's und der der Basisgruppe in ihrem Verhältnis zu den AG's diskutiert. All diese Schwächen sind keine bloßen Fehler, sondern bedingt dadurch, daß unsere Arbeit auf wenig politische Erfahrungen basieren konnte, d. h. der politische Lernprozeß mußte gleichsam von unten beginnen. Das hat auch seinen Grund darin, daß wir unsere isolierte Arbeit nicht richtig einschätzen konnten, weil dafür der Bezugsrahmen, die Strategie kooperierender Basisgruppen fehlte. Die Schwächen und auch die reformistischen Vorstellungen sind überwindbare Stufen dieses Lernprozesses.

Diese Mängel wirkten sich ungünstig auf die Durchsetzung einer plebiszitär-demokratischen Satzung aus, das einzige Projekt, über welches die Mitglieder der Basisgruppe einen gewissen Konsensus erzielt hatten. Es war nicht möglich, wesentliche Punkte des studentischen Satzungsentwurfs den übrigen Studenten als in unserem Interesse liegende klarzumachen, z. B.: daß die Vollversammlung vor allem in bezug auf die Themen der Lehre entscheidendes, nicht nur beratendes Organ sein sollte, der Institutsrat dagegen nur ausführendes. Diese Forderungen konnten von uns in den Vollversammlungen nicht als politische begründet und durchgesetzt werden. Der Grund dafür ist, daß wir das gewählte kompromißlerische Verhalten (auf Grund unserer Minderheitssituation) nicht als solches begriffen. Spezifische Konflikte werden am politischen Institut verdeckt, weil die meisten Studenten Politik als Nebenfach oder als Philosophikumsfach studieren. Die Motivation für das Studium ist also bezogen nicht auf das Fach als Wissenschaft noch auf allgemein politische Interessen, sondern erklärt sich aus Anforderungen der Kultusministerien an die Lehrerausbildung (Koppelung eines Hauptfachs mit Nebenfach: Politik). Die fachlichen Bedürfnisse werden in Ffm. scheinbar befriedigt von liberalen Professoren mit „linken" Themen (wie Marxismus), während über die eigentliche Funktion der Politikwissenschaft, Lehrer auszubilden, kaum ein Wort verloren wird.

Hinzu kam, daß der Lehrkörper flexibel reagierte (er anerkannte rein studentische Arbeitsgruppen als gleichberechtigte Institutsveranstaltungen). Die Basisgruppe war zu sehr auf das Verhalten des Lehrkörpers fixiert, d. h., sie reagierte nur auf dieses Verhalten, ohne selbst Initiativen zu entwickeln. Zudem wurde die liberale Position des Lehrkörpers (besonders Krockows) kaum problematisiert. Ein weiterer Fehler war, daß wir die plebiszitäre Satzung des Psychologischen Instituts Hannover, die basierte auf einer partiellen Interessenidentität zwischen dem linken Professor (Brückner) und den linken Studenten, mechanisch auf unsere ganz andere Situation übertrugen.

Hingegen wurde durch die angenommene Satzung erreicht:

a) die Gleichberechtigung studentischer AG's als Institutsveranstaltungen,

b) der Zwang zur öffentlichen Diskussion und Legitimation aller das Institut betreffenden Maßnahmen. Dies gilt für alle Gruppen am Institut.

Die Basisgruppe wird versuchen, mit dieser Satzung in Zusammenarbeit mit den studentischen Vertretern im Institutsrat Einfluß auf die Themenstellung des Semesters zu gewinnen und bestehende Herrschaftsstrukturen abzubauen. Damit ist die Satzung für uns kein Selbstzweck, sondern taktisches Mittel zur Politisierung der Studenten und Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebes. Deshalb ist die Arbeit außerhalb des Institutsrates, etwa in Vollversammlungen, mindestens so wichtig wie die im Institutsrat, die dauernd politisch kontrolliert werden muß, damit sie sich nicht verselbständigt.

Da die Satzung verabschiedet ist und sich die Basisgruppe relativ konsolidiert hat, werden wir es uns nicht mehr leisten können (soll unsere Arbeit nicht stagnieren), die reformistische Politik durchgängig fortzusetzen. Vielmehr werden wir versuchen, durch offensives Vorgehen und praktische Konfrontation der Basisgruppe gegenüber unpolitischen Studenten und gegenüber dem Lehrkörper konkrete Konflikte aufzudecken (Erweiterung der Rechte des Institutsrates und der Vollversammlung; Einschränkung professoraler Macht; freie Verfügung der Studenten über Produktionsmittel des Institutes; Verhalten des Lehrkörpers zum Prozeß Carlo; Berufung des Krockow-Nachfolgers). Ein solches Vorgehen darf nicht zur dauernden Isolierung der Basisgruppe bzw. zu ihrer Aufreibung führen, muß allerdings eine momentane Isolierung in Kauf nehmen. Da die Politologen schwer zu politisieren sind, müßten wir auch versuchen, andere Basisgruppenmitglieder für unsere Ziele zu mobilisieren. Auch von daher ergibt sich die Notwendigkeit der Kooperation mit anderen Basisgruppen.

Für dieses Semester stellen sich uns folgende Aufgaben:

1. Veränderung der Satzung im Hinblick darauf, daß für alle Mitglieder des Institutsrates das imperative Mandat verbindlich gilt. Außerdem ist zu erreichen, daß der Institutsrat verbindlich über das zu koordinierende Lehrprogramm bzw. seine Schwerpunkte und Themen-Komplexe entscheidet. Langfristiges Ziel dieser Veränderungen wäre die Entwicklung der Vollversammlung zum höchsten diskutierenden und entscheidenden Organ in allen Institutsfragen. Ein erster Schritt dazu ist, daß Institutsrats-Sitzungen vor möglichst großer diskutierender Öffentlichkeit stattfinden.

2. Da die studentischen AG's gleichberechtigte Institutsveranstaltungen sind, müssen wir erreichen, daß alle Studenten frei über die Produktionsmittel verfügen, d. h. die Institutsräume jederzeit (auch abends) benutzen. Daher beansprucht die Basisgruppe einen Schlüssel für diese Räume.

3. Das Aufbrechen des Cliquencharakters unserer Arbeit ist nur möglich, wenn wir die konkreten Adressaten unserer Politik im nächsten Semester genau angeben.

Erstens gilt unsere Arbeit der Erweiterung des kritischen Bewußtseins und der Verstärkung des praktischen Engagements der Basisgruppe als kämpferischen Widerstandskerns, nicht nur im Bereich des Politik-Instituts gegen die technokratische Hochschulreform, sondern auch gegen die zunehmende Faschisierung des autoritären Staates.

Zweitens gilt unsere Arbeit der Politisierung von Studenten, die bereits in studentischen AG's wissenschaftliche Kritik leisten und die zur Mitarbeit in der Basisgruppe gebracht werden müssen. Das setzt voraus, daß sie ihre wissenschaftliche Tätigkeit als politisch-praktische verstehen. Es muß eine ständige Kommunikation von Basisgruppe und AG's stattfinden, auf regelmäßigen Plenumssitzungen von allen AG's mit der Basisgruppe. Drittens sind unsere Adressaten diejenigen, die durch den Sozialkundeunterricht sozialisiert wurden, Schüler und Lehrlinge. Die Basisgruppe in Zusammenarbeit mit der Sozialkundegruppe hat die Aufgabe, Kooperationsformen, die Politologen, Schüler und Lehrlinge umfassen, zu entwickeln, die zugleich unter dem Anspruch der Revolutionierung der Berufsarbeit Widerstandsgruppen an allen Arten von Schulen darstellen. Diese praktische Kritik an der Sozialkunde unter organisatorischer Perspektive ist zentral für unsere Arbeit. Diese Kritik hat zu zeigen, wie wenig die Politikwissenschaft dem Bedürfnis der Studenten nach kritischer Berufsorientierung nachkommt, insofern sie versäumt, sich als Lehrer ausbildendes Fach zu begreifen, d. h., insofern sie ihre wissenschaftlichen Standards ablöst von der Frage, wie ihre Produkte im Schulunterricht verwertet werden. Die Kritik hat weiterhin zu zeigen, wie wenig die Politikwissenschaft an der AfE dem Bedürfnis der Studenten nach theoretischer, nicht bloß handwerklicher Ausbildung genügt. Die Konsequenz aus dieser theoretischen Arbeit ist ihre Vermittlung mit Organisationen (wie sozialistischen Schüler- und Lehrergruppen), die Widerstand von Schülern gegen ihre konforme Sozialisation durch Sozialkunde und die Kontinuität politischer Arbeit von Studenten in ihren späteren Lehrerberufen ermöglichen.

Viertens ist die Stabilisierung der studentischen AG's noch zu leisten. Sie müssen sich ihre wissenschaftlichen Standards selbst erarbeiten, was die Diskussion über die politische Funktion des Seminars, über die Motivation der Arbeit und über Kommunikationsprobleme einschließt. Die Überwindung der Konsumentenhaltung ist nur möglich bei der Beschränkung auf etwa 8 Teilnehmer. Die Arbeit in den AG's darf sich nicht verstehen als Auffüllung von Marktlücken im Angebot des Lehrprogramms; sondern jede einzelne Arbeitsgruppe muß sich die Frage stellen nach der Motivation der Themenstellung in bezug auf die politische Praxis. Die theoretische Arbeit dient nicht der Akkumulation von kritischer Theorie, sondern sie muß sich agitatorisch verwerten lassen in organisierter Mobilisierung von Studenten und Schülern gegen den autoritären Staat und seine Universität.

An fachbezogenen, studentischen AG's finden statt:

a) Ideologiekritik von ausgewählten Texten einer autoritären und technokratischen Politikwissenschaft und von ausgewählten Texten einer liberalen und pluralistischen Konzeption im Verhältnis zu diesen. Die politische Funktion dieser AG ist die Heranbildung einer kritischen Haltung gegenüber den Frankfurter Politikwissenschaftlern und gegenüber den mehr praktisch relevanten Tendenzen der heutigen Politikwissenschaft (Hennis, Eschenburg, USA).

b) Fortsetzung und Erweiterung der Parlamentarismuskritik durch eine Behandlung und Kritik des „Strukturwandels der Öffentlichkeit" von Habermas.

c) Eine studentische Projektgruppe in Kooperation mit der AfE, die den akademischen Rahmen sprengen will: Sie kritisiert die herrschende Ausbildung der Sozialkundelehrer und die praktischen Folgen der Politologie im Sozialkundeunterricht als Sozialisationsagentur. Sie strebt die Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrern an. Deren Funktion ist die Bildung von Widerstandsgruppen in den Schulen. Weiterhin sollen in dieser AG Modelle erarbeitet werden, wie Studenten im späteren Beruf politisch aktiv bleiben können.

d) Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Politologie. Die Bedeutung politischer Praxis als Grundlage politischer Wissenschaft. Konkretisierung der Problematik am Beispiel der Frankfurter Verhältnisse (Motivation zum Politik-Studium, politische Aktivität der Frankfurter Politologen, Leistungsbewertung, Prüfungssystem von politikwissenschaftlichen Arbeiten).

Wir können keine Strategie für unser Institut entwerfen, ohne uns um die Tendenzen der gesamten Studentenbewegung in Frankfurt zu kümmern. Diese scheint sich in einem Zustand des Verfalls zu befinden. Eine Strategie für dieses Semester existiert kaum, jedenfalls wird sie nicht breit diskutiert. Die Gründe dafür liegen für uns in der mangelnden Vermittlung von wissenschaftlicher Arbeit (in

Fortsetzung auf Seite 5

Stadtteilbasisgruppe Bockenheim

trifft sich jeden Donnerstag, 20 Uhr, im SHB-Heim, Apelsgasse/Friesengasse.

In der nächsten Info wird die Basisgruppe über ihre bisherige Arbeit berichten.

Zeitungen im Studentenhaus

Ab Mitte Mai werden neben der FAZ auch andere Zeitungen im Abholabonnement erhältlich sein.

Im Zeitschriftenkiosk im Studentenhaus

Weiterhin werden einige wichtige Zeitungen und Zeitschriften, studentische Papers, Skripten etc. angeboten.

Fortsetzung von Seite 4

AG's) mit politischer Arbeit (in der Basisgruppe) der einzelnen Institute, in der Isolierung der Basisgruppen untereinander und in der Trennung der institutsbezogenen Basisarbeit von den Gruppen (meist im SDS), die Strategie mehr naturwüchsig und reaktiv aufstellen. Für die Reaktivierung der Studentenbewegung in Frankfurt ist es erforderlich, daß alle Cliquen (im SDS, Diskus, Basisgruppen, AG's), die Kritik und Diskussion über Strategie verhindern, aufgebrochen werden. Der AStA-Info wie auch der Diskus müssen von kooperierenden Basisgruppen als Instrumente der Erzeugung eines Diskussionsdruckes verwandt werden, die die oben beschriebenen Trennungen überwinden, wozu SDS-MV's, Massenteachins und der Basisgruppenrat nicht fähig sind. Ein Beispiel für eine auf Kommunikation beruhende Aktion der Basisarbeit (der Politologen) mit anderen Gruppen (Justizkampagne) wird der gemeinsame Kampf gegen das drohende Ordnungsrecht an der Hochschule sein.

Basisgruppe Politologie

1. Institutsratssitzung der Politologen

Auf der ersten Institutsratssitzung des Politischen Instituts, bei der außer sechs Ratsmitgliedern etwa 20 Studenten erschienen, legte die Basisgruppe eine Resolution vor, die der Rat diskutieren und verabschieden sollte und die den sofortigen Abzug der Polizei vom Unigelände, die Weigerung der Politologen, unter Polizei„schutz" Veranstaltungen durchzuführen und die Diskussion in allen Politikveranstaltungen über das künftige Ordnungsrecht, seine aktuelle Praktizierung und über mögliche Widerstandsformen forderte. Mit der Formulierung dieser Resolution hat die Basisgruppe, durch die Aktionen der letzten Tage bedingt, eine Stufe ihrer Arbeit erreicht (zumindest für einen Moment), die verbindlich bleiben sollte: sie machte ein die gesamte Universität betreffendes Problem (Ordnungsrecht) zum konkreten Thema ihrer eigenen politischen Praxis, sie versuchte, die politische Strategie der Studentenrevolte (Widerstand gegen das Ordnungsrecht) mit ihrer bislang isolierten, gegenüber allgemeinen Strategien abstrakten Arbeit zu vermitteln.

Die Reaktion des Lehrkörpers auf die Forderungen der Resolution war, wie zu erwarten, ablehnend und bestätigte die mangelnde Reflexion der Frankfurter Politologie gegenüber dem aktuellen politischen Kontext ihrer Wissenschaft.

Prof. Fetscher*, der seinerzeit dem SDS für eine Anti-Springer-Veranstaltung an der Universität Räume und Geld verweigerte, zog sich bürokratisch auf seine Lehrverpflichtung zurück, als ob nichts geschehen sei, verweigerte eine politische Stellungnahme wegen seiner durch Abwesenheit bedingten mangelnden Information, beklagte den Zeitverlust, der entstünde, wenn, statt über das amerikanische Regierungssystem gelesen, über das Ordnungsrecht diskutiert würde, hielt die Buttersäure für politisch illegitim und vermißte im übrigen den Humor der linken Studenten. (Bei der Institutsratssitzung dürften er und alle Anwesenden, was den Humor betrifft, auf ihre Kosten gekommen sein.)

Assistenten ergingen sich in Formalien, bestritten dem Institutsrat die Funktion, eine politische Resolution zu verabschieden, und versuchten zumindest verbal, die diskutierende Öffentlichkeit der Sitzung einzuschränken. (Sie sei doch keine Vollversammlung, Nicht-Ratsmitglieder sollten doch nur zeitweise reden dürfen!)

Auf die Forderung der Basisgruppe nach freier Verfügung über die Produktionsmittel der beiden Institute und freier Benutzung ihrer Räume (also eigenen Schlüssel für jedes Institut) reagierte der Lehrkörper mit vorläufigem Kompromißverschlag: Die Basisgruppe soll einen Schlüssel für ein Institut und darin einen Raum bekommen. Dieser allerdings wird von den Produktionsmitteln (Büchern) geräumt mit der Begründung, viele Studenten besäßen nicht das für die Benützung des Instituts nö-

Fortsetzung auf Seite 6

*„Es ist schwer, in dieser freien Gesellschaft Autorität zu erringen, aber wem es gelingt, dessen Wort hat dann auch zu Recht Gewicht" (Fetscher, Was haben wir der Sowjetideologie entgegenzusetzen?)

Satzung des Instituts für Politikwissenschaft der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

§ 1

Mit der nachfolgenden Satzung ordnet das Institut für Politikwissenschaft – bisher Institut für Politische Wissenschaft und Seminar für die Wissenschaft der Politik – seine Angelegenheiten.

Die Satzung versteht sich als Übergangsmodell:

- bis zur Bildung eines sozialwissenschaftlichen Fachbereichs
- bis zur institutionalisierten Zusammenlegung mit dem Seminar für Politische Bildung an der AfE.

Die rechtliche Verankerung der in der nachfolgenden Satzung festgelegten Organe und Grundsätze im Rahmen einer Universitätssatzung wie diese übergreifender Rechtsverhältnisse ist anzustreben.

§ 2

Stimmberechtigte Mitglieder des Instituts sind:

a) die ordentlichen Studierenden (Studenten mit dem Haupt- oder Nebenfach Politologie);

die außerordentlichen Studierenden (alle sonstigen Teilnehmer an Instituts- und interdisziplinären Veranstaltungen) sowie Doktoranden und Habilitanden. Jedes Mitglied dieser Gruppen erhält eine Seminarkarte.

b) die Institutsangestellten;

c) die Lehrbeauftragten, Wissenschaftlichen Assistenten und Wissenschaftlichen Hilfskräfte;

d) die Inhaber der Lehrstühle für Politikwissenschaft.

§ 3

Die Institutsvollversammlung ist die Versammlung aller Mitglieder des Instituts. Sie tritt während des Semesters mindestens zweimal zusammen. Ihre Einberufung erfolgt 14 Tage vorher durch den Institutsrat. Die Termine der Vollversammlung sind in den Lehrveranstaltungen und durch Aushang in den Institutsräumen anzukündigen.

§ 4

Eine **außerordentliche** Vollversammlung tritt zusammen auf Antrag:

a) der Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates

b) von mindestens 50 Studierenden,

c) von mindestens 30% der Lehrbeauftragten, der Wissenschaftlichen Assistenten und Wissenschaftlichen Hilfskräfte

d) eines Institutsdirektors

Für die Einberufung gilt eine Frist von drei Vorlesungstagen. Sie ist in den Lehrveranstaltungen und durch Aushang, der die Tagesordnung enthält, in den Institutsräumen anzukündigen.

§ 5

Die Institutsvollversammlung diskutiert die Institutsveranstaltungen gemäß § 12. Sie erörtert ferner wesentliche Probleme des Instituts und der Universität und faßt hierzu Entschließungen. Dabei beschließt sie mit der einfachen Mehrheit der Anwesenden. Beschlüsse der Institutsversammlung sind für die studentischen Mitglieder im Institutsrat bindend. Die Vollversammlung führt ein Beschlußprotokoll, das allen Institutsmitgliedern zugänglich sein muß.

§ 6

Der Institutsrat besteht aus:

a) vier Vertretern der Studierenden gemäß 2a,

b) zwei Vertretern der Lehrbeauftragten, der Wissenschaftlichen Assistenten und der Wissenschaftlichen Hilfskräfte,

c) den beiden Institutsdirektoren.

§ 7

a) Die studentischen Vertreter für den Institutsrat werden von der Institutsvollversammlung Ende des Semesters in einem Wahlgang, in dem jeder Studierende nach § 2a zwei nicht kumulierbare Stimmen hat, gewählt.

Gewählt sind die vier Studenten mit der höchsten Stimmenzahl.

b) Die Kandidaten der unter 6b genannten Gruppe werden von ihrer Gruppe auf ein Semester gewählt.

§ 8

Der Institutsrat verhandelt und beschließt über:

a) Personalanträge beim Kuratorium;

b) Vorschläge für Berufungslisten im Fakultätsrat;

c) Bestimmungen für Studiengang und Prüfungen der Fachrichtungen, soweit Institutskompetenz;

d) Beschaffungen von Büchern und Sachmitteln gemäß Etatbestimmungen aus den entsprechenden Institutsetats.

Der Institutsrat ist verpflichtet, vor der Institutsvollversammlung einen Semesterbericht abzugeben.

§ 9

Kann ein Institutsdirektor Ratsbeschlüssen nicht zustimmen, so muß er seine Erklärung, seinen Antrag oder Vorschlag zusammen mit dem Ratsbeschluß vorlegen und öffentlich begründen.

§ 10

Der Institutsrat tagt mindestens einmal im Monat, in der vorlesungsfreien Zeit nach Vereinbarung.

Sondersitzungen müssen einberufen werden, wenn mindestens vier Ratsmitglieder dies verlangen. Die Sitzungen des Rats sind öffentlich; die Termine müssen drei Tage vorher durch Aushang im Institut bekanntgemacht werden. Der Institutsrat führt ein Protokoll, das allen Institutsmitgliedern zugänglich sein muß.

§ 11

Der Institutsrat faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Jedes Mitglied des Institutsrats hat nur eine Stimme. Die Delegation dieser Stimme auf ein anderes Mitglied des Institutsrats ist obligatorisch im Falle der Abwesenheit. Jedoch darf auf keines der Mitglieder mehr als eine Stimme übertragen werden.

§ 12

Gleichberechtigte Institutsveranstaltungen sind Veranstaltungen

a) mit Themenstellung durch die Studierenden;

b) mit Themenstellung durch die Lehrbeauftragten, die Wissenschaftlichen Assistenten oder Wissenschaftliche Hilfskräfte;

c) mit Themenstellung durch die Lehrstuhlinhaber.

An allen drei Veranstaltungen können alle Mitglieder des Instituts mit dem Ziel ständiger wechselseitiger, sachlicher wie methodischer Reflexion teilnehmen.

Vorschläge für die Institutsveranstaltungen können alle Mitglieder des Instituts im Institutsrat einbringen. Der Institutsrat koordiniert diese Vorschläge und legt sie der Institutsvollversammlung vor. Die Institutsvollversammlung diskutiert das vorgelegte Programm. Die finanzielle Sicherstellung aller drei Veranstaltungen erfolgt hinsichtlich Literatur und Sachmitteln. Im Hinblick auf die unter a) genannten Veranstaltungen verpflichten sich die Institutsdirektoren, in Zusammenarbeit mit dem Institutsrat, durch ständige Initiativen auf die Einrichtung bezahlter Tutorenstellen hinzuwirken. Diese Stellen sind nach ihrer Schaffung mit Studierenden der Politologie zu besetzen. Hinsichtlich der Besetzung dieser Stellen gilt § 8a.

§ 13

Die Verabschiedung dieser Institutssatzung erfolgt in Vollversammlungen der unter § 2a und c genannten Gruppen. Für die Verabschiedung ist jeweils die Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder dieser Gruppen sowie die Zustimmung beider Institutsdirektoren erforderlich. Satzungsänderungen sind nach entsprechendem Modus möglich.

Februar 1969

LUISE POLLINGER

Papier - Bürobedarf - Drucksachen

Schreibmaschinen und Schreibmaschinen in Miete

– Mietkauf –

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter - Feinpapiere - Geschenke - Büro-, Zeichen- und Schulartikel

FRANKFURT A. M., BOCKENHEIMER LANDSTR. 131 u. 133

Selbstbedienung Bockenheimer Landstraße 133

Fernruf 77 55 89 - 77 63 77

Frankfurter Rundschau die große liberale tageszeitung, die zeitung, die von studentischen lesern bevorzugt wird. warum?

aktuelle information:
eigene korrespondenten und berichterstatter an den wichtigsten punkten des in- und auslands, täglich das weltgeschehen aus erster hand.

gründliche analyse:
leitartikel, glossen und kommentare von journalisten, deren namen über deutschland hinaus klang haben. die „dritte seite" — als gütezeichen für sauberen, engagierten journalismus ein begriff.

mut zur offenheit:
unabhängig von parteien und interessengruppen, eine zeitung mit eigener meinung und dem mut, auch heiße eisen anzufassen. ein blatt, das kein blatt vor den mund nimmt.

eine zeitung mit mut — eine zeitung für Sie! bilden Sie sich selbst ein urteil. lesen Sie die FRANKFURTER RUNDSCHAU eine woche lang kostenlos und unverbindlich. gutschein umseitig.

Frankfurter Rundschau

vertriebsabteilung — 6 frankfurt am main 1 — postfach 3685 — telefon 2 19 95 13

vorzugspreis für studierende

monatlich DM 3,15 als abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei postzustellung
monatlich DM 3,80 durch träger

in **frankfurt am main** erhalten studierende die FRANKFURTER RUNDSCHAU durch träger, per post oder bei folgenden autorisierten abholstellen: merkur-zeitschriftenkiosk an der bockenheimer warte; zeitschriften karl mosterts, robert-mayer-straße 17; vertriebsschalter im rundschauhaus am eschenheimer turm.

TERMINE

8. Mai 1969, 16 Uhr, Dekanat der med. Fakultät
Öffentliche Fakultätssitzung!

16. bis 18. 5. 1969 in Mainz
Kongreß aller medizinischer Arbeiter aus der BRD und Berlin
Strategiediskussion der Basisgruppen
Kontaktadresse: Initiativgruppe Kritische Medizin (IKM)
65 Mainz, Adam-Karillon-Straße 58, Hofgebäude

Fortsetzung von Seite 5

tige Verantwortungsgefühl (eine Abzugsmaschine war beschädigt worden), deshalb müßten sie wie Kinder erst zu diesem allmählich erzogen werden. Viele Studenten – so geiferte lautstark ein Assistent – würden Bücher klauen, man habe das schon oft erlebt, würden Krach und Dreck machen, überhaupt sei die Forderung nach freier Verfügung nur willkommener Anlaß, um Konflikte zwischen Studenten und Lehrkörper zu schüren, die Akteure dieser Konfliktstrategie seien infantil und von Wahnideen besessen. Eingeschüchtert durch diesen rhetorischen Terror, der Ausfluß einer Taktik ist, die Basisgruppe gegenüber den Politikstudenten zu isolieren und der herrschaftsfreie Diskussion zerstörte (die gesamte Reaktion von Rüegg bis zur CDU wandte die Isolierungstaktik besonders nach den Taheri-Aktionen an), ließen sich die Studenten wieder zum „sachlichen" Gespräch bewegen, u. a. über die Farben der Institutskarten für Studenten.

Fazit: Man darf hoffen, daß die Basisgruppe nun sich von ihrer Fixierung auf den Lehrkörper löst und aus der Institutsratssitzung lernt, daß sie ihre wesentlichen politischen Forderungen nicht über Verhandlungen mit dem Lehrkörper durchsetzen kann. Eine Diskussion darüber, welchen politischen Sinn solche Sitzungen überhaupt noch haben, wird die Basisgruppe zu führen haben.

Neben dem Aushandeln von relativ unwichtigen, mehr technischen Problemen (wie Institutskarten, Bibliotheksordnung etc.) können Diskussionen im Rat nur die Funktion haben, über die Formulierung studentischer Forderungen die latenten Interessenkonflikte zwischen politisierten Studenten und dem Lehrkörper offenbar zu machen, die wiederum der Vollversammlung vermittelt werden müssen, damit die Studenten erfahren, daß ihr Kampf gegen den autoritären Staat und sein Ordnungsrecht die Beseitigung der Machtpositionen des Lehrkörpers bedeutet und nicht den langfristigen Kompromiß mit ihm.

Falls ein einzelner Kompromißbeschluß des Institutsrats dieser Mobilisierungsstrategie (außerhalb des Rats) nützt, muß er vor seiner endgültigen Entscheidung im Rat in der Vollversammlung diskutiert und dort auch als vorläufiger Kompromiß dargestellt werden. Denn das Ziel der Arbeit der Basisgruppe im Rat, der selbst einen zu überwindenden Kompromiß darstellt, ist nicht, die Professoren zu überzeugen: sie müssen dazu gebracht werden, ihre politischen Positionen zu verdeutlichen; das Ziel ist die politische Mobilisierung und Organisierung der Studenten. Studentische Machtpositionen sind im Institutsrat nicht zu gewinnen. Unsere Arbeit in ihm kann aber die Bedingungen für ihre Möglichkeit außerhalb schaffen, indem sie Argumente (über objektive Konflikte) für die Agitation in den Politikveranstaltungen und in der Vollversammlung bereitstellt, die Studenten zur Organisierung in der Basisgruppe mobilisieren.

Arbeitsgruppe Kritik der Sozialkunde

Der Mediziner
kauft seine Bücher und Zeitschriften bei
Johannes Alt
seit 1868
Buchhandlung und Antiquariat für Medizin
6 Frankfurt S 10
Gartenstraße 134
Nähe Universitätskliniken
Tel. (Ffm. 06 11)
61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer!

Politisierung in der Medizinischen Fakultät?

Zwei Ereignisse beherrschten zu Beginn des Semesters die politische Szenerie in der Med. Fak.:

270 Studenten der Vorklinik verweigerten die Aufnahmeprüfung in den Biochemiekurs, Prof. Geißendörfer, der im WS nur unter Streikandrohung auf die Anwesenheitskontrolle in seiner Vorlesung verzichtete, führte diese Disziplinierungsmaßnahme jetzt wieder ein.

Am Donnerstag, dem 17. April, sollte eine Aufnahmeprüfung in den Biochemiekurs stattfinden. 150 Arbeitsplätze – so meinten die Professoren – ständen zur Verfügung, 270 Studenten hatten sich beworben. Statt sich dem Prüfungszwang zu unterwerfen, forderten die Studenten eine Diskussion über die Möglichkeit, die Kapazität des Instituts zu erweitern. Sie waren sich darüber klar, daß es nur eine Alternative gibt: alle Studenten nehmen ohne Prüfung an dem Kurs teil oder diskutieren, wie sie gegen die Professoren ihr berechtigtes Interesse an einer vernünftigen und ordnungsgemäßen Ausbildung durchsetzen können. Alle anwesenden Studenten lehnten das „Hinausprüfen" einer Minderheit ab. Die Erfahrungen, die die Medizinstudenten im WS in der Auseinandersetzung mit den Professoren gewonnen hatten, ermutigten sie jetzt, zum ersten Male eine Prüfung zu verweigern. Die Bedeutung dieses Schrittes erhellt erst, wenn man bedenkt, daß der Rektor systematisch versucht, die Selbstorganisation der Studenten zu zerschlagen. Die Fachschaft wurde in den Semesterferien vom Rektor aufgelöst. Der kollektive Widerstand zwang die Professoren zum Rückzug. Versuche, die Studenten doch noch zur Prüfung zu überreden, wurden nur mit Gelächter beantwortet. Gefährlicher waren Versuche, die Einmütigkeit der Studenten zu zerstören. Ein Fachschaftsvertreter versuchte, eine Polarisierung zwischen ordentlichen Studenten und Bummelanten herbeizuführen und auf diese Weise die Zahl der Kursteilnehmer und den Arbeitsaufwand der Professoren niedrig zu halten. Hier zeigte sich das falsche Bewußtsein vieler Medizinstudenten, ihnen ging es bei der Prüfungsverweigerung nicht darum, die Institution der Prüfung anzugreifen, sie in ihrem Doppelcharakter als Initiationsritus und Disziplinierungsmaßnahme zu entlarven. Statt die Repression eines verschulten Studiums partiell aufzuheben, verlangten sie nach einer reibungs- und lückenloseren Organisation. Gegen die Professoren waren wir erfolgreich (es kann jetzt jeder ohne Prüfung am Kurs teilnehmen), gegen das reaktionäre Bewußtsein der Studenten müssen wir wohl noch lange kämpfen. Die Diskussion am 7. Mai ist Teil unserer Aufklärungskampagne über die Hintergründe von Prüfungen und technokratischer Hochschulreform.

Die Empörung der Studenten über die Halsstarrigkeit von Prof. Geißendörfer führte zu der Einberufung einer „Kommission für studentische Angelegenheiten", zu der neben mehreren Professoren auch zwei den Professoren genehme Studenten geladen worden waren. Auf der Tagesordnung standen: Anwesenheitskontrolle, Aufnahme- und Abschlußklausuren, Zulassungsfragen (der Numerus clausus ist von einem Frankfurter Gericht für verfassungswidrig erklärt worden), effektivere Gestaltung des Stundenplans. Der fortschrittliche Teil der Fachschaft und die Basisgruppe beschlossen, an dieser Sitzung teilzunehmen und die sofortige Abschaffung sämtlicher Prüfungen zu fordern, die nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind. Die Mitglieder der „Kommission für studentische Angelegenheiten" hielten es allerdings nicht für nötig, sich die Argumente von Studenten anzuhören, unter Berufung auf ihr Hausrecht erklärten sie unsere Anwesenheit für unrechtmäßig. Die Professoren erklärten, vor einer kritischen Öffentlichkeit könnten sie nicht diskutieren, und verließen den Raum. Hierin zeigt sich ganz schlicht das Bestreben, die bestehende Kompetenzverteilung zu perpetuieren. Der unmündige Student hat dem allmächtigen Ordinarius ehrfürchtig zu begegnen. In einer Resolution der Fachschaft hierzu heißt es: „Die Fachschaft Medizin versteht ihre künftige Aufgabe darin, studentische Interessen zu vertreten, die bei den bestehenden Verhältnissen notwendig den Interessen der Professoren zuwiderlaufen. Die Konsequenz hieraus ist, daß die medizinische Fachschaft ab sofort aus den Kommissionen ihren Austritt erklärt, die von Professoren installiert wurden und nur die Funktion erfüllen, die wahren Entscheidungsprozesse in der Medizinischen Fakultät zu verschleiern.

Wir werden deshalb für jede Kommissions- und Fakultätssitzung Öffentlichkeit fordern und gemäß des Beschlusses der vorletzten Vollversammlung diese Öffentlichkeit auch herstellen.

Die Universität gehört den Studenten!"

270 Medizinstudenten verweigern Prüfung

Am Donnerstag, dem 17. 4., um 14 Uhr sollte im Großen Hörsaal der Physiologie eine Aufnahmeprüfung in den Biochemie-Kurs stattfinden. 150 Arbeitsplätze – so meinten die Professoren – ständen zur Verfügung, 270 Studenten hatten sich beworben. Statt sich dem Prüfungszwang zu unterwerfen, forderten die Studenten eine Diskussion über die Möglichkeit, die Kapazität des Instituts zu erweitern. Sie waren sich darüber klar, daß es nur eine Alternative gibt: alle Studenten nehmen ohne Prüfung am Kurs teil oder diskutieren, wie sie gegen die Professoren ihr berechtigtes Interesse an einer vernünftigen und ordnungsgemäßen Ausbildung durchsetzen können. Am Freitag um 11 Uhr soll die Diskussion fortgesetzt werden und eine Entscheidung über die Forderungen der Studenten bringen. Alle anwesenden Studenten lehnten das „Hinausprüfen" einer Minderheit ab. Die Diskussion zeigte, daß der Ausbildungsengpaß in der Biochemie nicht das individuelle Problem eines Instituts oder eines Professors ist, sondern nur im Zusammenhang mit den Verschulungstendenzen der technokratischen Hochschulreformer zu verstehen ist.

Die hierarchische Struktur der Ordinarienuniversität verhindert die Koordinierung der Ausbildung in den einzelnen Instituten. Die Leidtragenden dieses Systems sind die Studenten. Das Desinteresse der Professoren – sie beteuern sich gegenseitig ihre Unzuständigkeit – hat bisher zu unsinnigen Prüfungen und Verzögerungen im Studium geführt (nur ein Drittel der Studenten legt nach der vorgesehenen Zeit von fünf Semestern das Physikum ab).

Die Erfahrungen, die die Medizinstudenten im WS in der Auseinandersetzung mit den Professoren gewonnen haben, ermutigten sie jetzt dazu, zum ersten Mal eine Prüfung zu verweigern. Die Bedeutung dieses Schrittes erhellt erst, wenn man bedenkt, daß der Rektor systematisch versucht, die Selbstorganisation der Studenten zu zerschlagen. Die Fachschaft, die legitime Vertretung der Studenten, wurde vom Rektor aufgelöst. Im Hörsaal der Anatomie sollen am Montag um 11 Uhr Maßnahmen gegen diese Entscheidung des Rektors beraten werden.

Basisgruppe Medizin

a-info **GUTSCHEIN** **UF**
für eine kostenlose probelieferung

ich bin noch nicht abonnent der FRANKFURTER RUNDSCHAU und möchte sechs tage kostenlos und unverbindlich die FRANKFURTER RUNDSCHAU lesen.

im anschluß an die 6-tage-probelieferung wünsche ich:

☐ **weiterlieferung zum vorzugspreis für studenten** für monatlich: DM 3,15 im abholabonnement – DM 3,40 bei postzustellung – DM 3,80 durch träger *

☐ vorerst keine weiterlieferung (gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen!)

vor- und zuname: _____

hochschule (kurzname), fakultät: _____

wohnort, zustellpostamt: ( ) _____

straße, hausnummer, zimmer: _____

studienbestätigung (stempel): _____ datum

(kann auch nachgereicht werden!) _____ unterschrift

wir bitten Sie um vollständige und deutliche eintragungen. * (trägerzustellung ist nur in/um frankfurt möglich)

AStA-Reisen

Das neue Sommerprogramm ist erschienen. Es enthält neben den vom Frankfurter AStA veranstalteten Reisen eine Auswahl von Programmen anderer studentischer Reiseorganisationen, so daß kaum ein Wunsch unerfüllt bleiben wird.

Einige Beispiele:

Sardinien: 4 Wochen Badeaufenthalt 240 DM; **Jugoslawien:** 3 Wochen in Dalmatien 367 DM; **Bulgarien:** 2 Wochen Flugreise 439 DM; **Adria-Kreuzfahrt:** dalmatinische Küste 456 DM; **Skandinavien:** Studienreise, 3 Wochen 598 DM; **Paris:** 5 Tage Aufenthalt 75 DM; **Prag:** 5 Tage Aufenthalt 145 DM.

Sprechstunden: Montag bis Freitag 10.30 bis 12.30 und Freitag 17 bis 18 Uhr, Jügelstraße 7 ptr.

Zur politischen Funktion von studentischen Arbeitsgruppen

In den vergangenen Semestern hat sich gezeigt, daß ein Seminarbetrieb, der von den Dozenten allein konzipiert und getragen wird, für die Masse der Studenten äußerst unbefriedigend verlief. Einzelreferate über Themen, deren Sinn und Berechtigung den Studenten kaum erläutert wurden, fanden ein verschlafenes Publikum. Diskussion fand kaum statt. Wurden Hausarbeiten ausgegeben, ergab sich mit den übrigen Studenten überhaupt keine Kommunikation. Das Hauptmotiv, eine solch unbefriedigende Arbeit zu übernehmen, bestand in der Notwendigkeit, individuelle Leistungsnachweise zu erbringen.

Seit einiger Zeit werden von den Dozenten Arbeitsgruppen zugelassen, um den Lernbetrieb zu verbessern. In der Tat stellten die Studenten solcher AG's eine neue Qualität ihres Lernens fest, vor allem durch die gegenseitige Klärung von inhaltlichen Problemen durch die Diskussion, die größere Vertrautheit mit dem Stoff ermöglichte. Ansatzweise wurde die Stärkung einer eigenen Position gegenüber der Autorität des Dozenten möglich. Im wesentlichen konnten jedoch diese Leistungsgruppen innerhalb von offiziellen Seminaren den Charakter des Studiums als entfremdete Arbeit nicht aufbrechen. Weiterhin bestand die Isolation der Produzenten, die sich ihrer eigenen Interessen und Motivation nicht klar waren, und deren Leistung nach von ihnen nicht bestimmten Effektivitätskriterien (wie Prüfung, einzeln benotete Scheine usw.) orientiert ist. Dieser Leistungsdruck führt zu Konkurrenzdruck, der wiederum Autoritätsstrukturen bildet.

Im Rahmen der Selbstorganisation des Studiums zwecks Massenmobilisierung der Studenten für den Kampf gegen den autoritären Staat und die technokratische Hochschulreform bildeten sich studentische Arbeitsgruppen, die ihren Anspruch, herrschaftsfreie, an Bedürfnisse der Studenten anknüpfende Lernprozesse zu schaffen, die zur Einsicht in die politische Notwendigkeit dieses Kampfes führen bzw. ihn selbst aufnehmen, nicht einlösen konnten. Die Fixierung auf wissenschaftliche Standards und auf weit gespannte Themen führte zu Leistungszwängen, die durch eine Diskussion (die kaum geführt wurde) über die politische Motivation des Themas nicht legitimiert werden konnten. Trotz relativ repressionsfreier Diskussion bildeten sich autoritäre Tendenzen, weil die Einsicht in die politische Funktion der AG's bei wenigen etwas, bei den meisten überhaupt nicht vorhanden war.

Die Isolierung der Arbeitsgruppen untereinander förderte die Blindheit der Studenten über den politischen Kontext ihrer Arbeit. Diskussionen darüber wurden zwar in einigen Gruppen (etwa bei den Soziologen) geführt, allerdings auf bloß subjektiver Ebene. Diese Gruppen konnten den Charakter studentischer Leistungsgruppen nur scheinbar überwinden, insofern ihre Arbeit formal antiautoritär blieb. Sie verzichteten wesentlich auf theoretische Leistung und beschränkten sich auf den Austausch subjektiver Erfahrungen, weil sie nicht in der Lage waren, unter Beibehaltung des unverzichtbaren Elements der Selbstorganisation des Studiums, von scheinbar unmittelbaren Bedürfnissen zu abstrahieren, was erst die politische Funktion der AG's (Widerstand gegen Prüfungen, Ordnungsrecht) ermöglicht.

Diese beiden Gruppen (leistungsorientiert, formal antiautoritär) sind geprägt durch zwei Ideologien, die sich innerhalb der Studentenbewegung in den letzten Monaten herausbildeten, genauer, sie bildeten sich angesichts der Tatsache, daß das Moment der Aktion politisch mit dem der Selbstorganisation der Basis organisatorisch nicht vermittelt werden konnte, daß die Arbeit der Basis (in AG's) losgelöst von einer politischen Strategie war. Diesen Zerfall reproduzieren die beiden Ideologien:

1. Die Ideologie der Hochschulreformer, die die studentische Leistungsgruppe bestimmt, erliegt dem Irrtum, als sei eine neumotivierte wissenschaftliche Leistung innerhalb eines, durch eine progressive Satzung institutionell abgesicherten, „befreiten" Gebietes, an sich politisch effektiv. Tatsächlich bewirkt die handwerkliche Arbeit der AG's in ihrer bornierten Perspektive nur auf die Hochschule, daß sie neben dem offiziellen Betrieb nur pluralistisch addiert wird und daß sie nur vom professoralen Lehrbetrieb geschaffene Lücken ausfüllt. Für diese Ideologie gibt es keine Machtfrage in der Universität, deshalb täuscht sie sich darüber hinweg, daß studentische AG's und Satzungen mit einem Schlage von oben beseitigt werden können, wenn dahinter nicht politisch mobilisierte Studenten stehen, die zu schaffen diese Ideologie nicht in der Lage ist. Sie hat den Demokratismus der herrschenden liberalistischen Ideologie derart verinnerlicht, so daß sie den manifesten Terror der Polizei und den sublimen Terror von Prüfungen als quasi willkürliche Entgleisung von Behörden interpretiert und nicht als systemnotwendige Maßnahmen des autoritären Staates. Deshalb erschöpft sich ihre Arbeit darin, diese Behörden zu ihrer Anerkennung durch gute Argumente und gute wissenschaftliche Leistungen zu bringen. Die Illusion, es gäbe eine freie Wissenschaft innerhalb der technokratischen Hochschulreform, macht diese reformistische Strategie politisch folgenlos, schlimmer noch, sie verhindert die Einsicht, daß freie studentische Aktivität an der Hochschule sich realisiert nur, wenn der Kampf gegen die notwendigen Repressionen des Systems seinen Hobbycharakter verliert und selber Notwendigkeit in bezug auf die Erringung von Machtpositionen durch organisierbare Mobilisierung der Studenten gewinnt. Die Umsetzung von Wissenschaft in politische Agitation verhindert diese Ideologie.

2. Der zweite AG-Typ, der von einem abstrakten Antiautoritarismus bestimmt wird, begreift zwar vage die politische Perspektive seiner Arbeit, hat aber die politische Askese der Leistungsgruppe nur scheinbar überwunden, da er zu wenig die Frage reflektiert, wie es möglich ist, die antiautoritäre Arbeit auch außerhalb der AG, die eben keine freie Insel inmitten des autoritären Sumpfes ist, langfristig und kontinuierlich zu stabilisieren. Diese Ideologie abstrahiert von den Bedingungen der Möglichkeit einer nicht nur spontanen, punktuellen politischen Praxis in permanenter, von Machtbeziehungen bestimmten Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat, seinen Prüfungen und Gerichtsprozessen; deswegen ist sie zugleich nicht in der Lage, von den sogenannten unmittelbaren Bedürfnissen der politisierten Studenten (als ob diese nicht vermittelt seien mit herrschenden autoritären Strukturen) zu abstrahieren, im Hinblick darauf, daß diese Bedürfnisse in AG's vielleicht noch kurzfristig befriedigt werden (was die formal Antiautoritären hypostasieren), daß aber die eigentlich erst politische Arbeit der AG nach außen, ihr Kampf gegen traditionelle Vorlesungen, repressive Examen oder gegen Bullen auf der Uni nicht nur Spaß macht (wenn überhaupt), sondern auch fordert, Repressionen auf sich zu nehmen und „revolutionäre Disziplin" zu üben.

Die mangelnde Einsicht in den Zusammenhang von AG und autoritären Staat führt diese Ideologie zur abstrakten Negation von theoretischer Leistung überhaupt, sei es nun die in bezug auf Erkenntnisfortschritt in einem bestimmten wissenschaftlichen Thema, ohne den dessen agitatorische Umsetzung zur Mobilisierung von Studenten nicht gelingen kann; sei es die Leistung zur Entwicklung einer Strategie der Studentenbewegung oder der Institute in langfristiger, organisatorischer Perspektive, die mehr ist, als was sich die formal Antiautoritären und die Basisgruppe Politologie unter Strategie vorstellen: die pluralistische Addition von diversen Erkenntnissen und Aktionen.

Beide Ideologiebildungen sind natürlich nicht auf Arbeitsgruppen beschränkt und sind auch nicht bloß ihren individuellen Trägern zur Last zu legen; auf Gesamthochschulebene sind sie Ausdruck dessen, was sie noch vertiefen: Die Partikularisierung der Studentenbewegung in wissenschaftliche, institutsbezogene Arbeit und naturwüchsige, nur auf staatliche Repression reagierende Strategie und die Hilflosigkeit, die ad hoc mobilisierten Studenten in kontinuierlich arbeitenden, untereinander kommunizierenden Widerstandsgruppen zu organisieren.

Die politische Funktion von Arbeitsgruppen läßt sich im Kampf gegen diese Ideologien, konkretisiert auf die Verhältnisse am politischen Institut, wie folgt umschreiben:

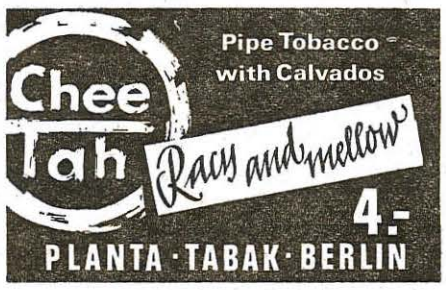
Zunächst kann man diese Funktion nicht getrennt von der der Basisgruppe definieren. Die Trennung unserer Arbeit am Institut in Basisgruppe und AG's ist keine eigentliche politische, aber auch nicht nur eine arbeitstechnische: Beide verfolgen denselben Zweck, die Politisierung der Studenten im Kampf gegen den autoritären Staat. Da sich dieser praktisch-herrschaftlich und wissenschaftlich-ideologisch (an der Uni) durchsetzt, da die repressiven Institutsverhältnisse zusammengehalten werden durch die Herrschaft der Ordinarien, der Examina, des Ordnungsrechts und die studentische Konsumenten produzierende wissenschaftliche Ausbildung, strukturiert sich der Widerstand gegen den autoritären Staat über die unmittelbar politische Praxis in der Basisgruppe und die in politische Agitationsmodelle umsetzbare Ideologie- und Wissenschaftskritik in Arbeitsgruppen. Diesen Zusammenhang verschleiert die augenblickliche Parzellierung zwischen AG's und Basisgruppe am Institut; diese mangelnde Kommunikation führt folgerichtig zu den beiden obengenannten Ideologien, zum Reformismus. Ihn aufzuheben wäre der Sinn eines regelmäßigen Plenums zwischen allen AG's und der Basisgruppe, zudem die Diskussion mit AG's anderer Institute. Bleiben die AG's abgeschnitten von noch zu leistenden Strategiediskussionen der Basisgruppe, werkeln sie bloß wissenschaftlich vor sich hin und sind nicht in der Lage, in ihrer Arbeit allgemeine Institutsstrategien zu konkretisieren an dem wissenschaftlichen Thema, das sie behandeln. Z. B.: wäre die Funktion der Sozialkunde-AG, der Strategie des Widerstands gegen die konforme Lehrerausbildung brauchbare politische Argumente zu liefern bzw. selbst Organisationsmodelle zur Realisierung dieser Strategie zu entwerfen.

Zur Vermittlung von Basisgruppe und Arbeitsgruppe läßt sich anfangs Voluntarismus nicht vermeiden: jedes Basisgruppenmitglied in AG's hat die Aufgabe, permanent die Diskussion der Basisgruppe mit der AG zu verbinden bzw. jedes AG-Mitglied zur Mitarbeit in der Basisgruppe zu bewegen.

Erst die Arbeitsgruppe, die zunächst sich von wissenschaftlichen Standards löst, ist fähig, das zu klären, was die Bedingung für jede wissenschaftliche Leistung ist: das politische Interesse an einem bestimmten Thema bzw. zur Bereitschaft der Mitarbeit in einem Kollektiv. Diese Diskussion über die Motivation der Arbeit und über Kommunikationsprobleme ist kein Selbstzweck, sondern nur zu führen im Rahmen der Frage, wie die Politikwissenschaft an der Universität funktioniert und wie die Politikstudenten funktionieren. Diese Diskussion in jeder AG macht die Motivation zum Politikstudium bewußt, die darin begründet ist (jedenfalls in den meisten Fällen), daß der Staat für das Lehrerexamen ein Nebenfach, nämlich Politik fordert. Es wird gezeigt, daß diese entfremdete Motivation verstärkt wird, einmal durch die Wissenschaftsorganisation, die die Studenten isoliert und sie zu Ichschwachen Konsumenten degradiert; zum anderen dadurch, daß diese Motivation in den Lehrveranstaltungen verdrängt wird, insofern dort die Politologie nicht als das behandelt wird, was sie für die meisten Studenten tatsächlich ist, lehrerausbildendes Fach. Diese, von jeder AG zu leistende Erkenntnis der theoretischen Blindheit der Politikwissenschaft gegenüber ihrer Funktion, die sie praktisch ausführt, nämlich die konforme Sozialisation durch das Studium, durch Prüfungs- und Scheindruck, die Herstellung autoritärer Lehrerpersönlichkeiten mit Prüfungswissen, hat nur dann praktische Folgen, wenn die AG konkret aufzeigt, wie dieser Praxisbezogenheit der Politologie Widerstand geleistet werden kann. Jede Leistungs-AG fördert die Blindheit gegenüber der Verwertung politikwissenschaftlicher Produkte im Lehrerberuf, da sie, wie die offizielle Politikwissenschaft, die Illusion nährt, der wissenschaftliche Schleier (mit linken Themen) über die Politologie sei identisch mit ihrer Funktion bzw. erfülle studentische Interessen.

An diese, zunächst syndikalistischen Interessen (bezüglich einer guten Ausbildung für den Lehrerberuf) ist anzusetzen, um in jeder AG zu zeigen, daß diese Interessen nur als politische, im Rahmen der Studentenbewegung und der Schülerrevolte definierbar und durchsetzbar sind, d. h. jede AG hat die Funktion, ihr Thema zu befragen und durchzuführen im Hinblick darauf, wie die kollektiv erlernten wissenschaftlichen Kenntnisse eingesetzt werden können, um andere Studenten etwa in Vollversammlungen zu mobilisieren für die Subversion gegen den autoritären Staat, wozu gehört, die Politikwissenschaft so umzuwälzen, daß sie Lehrer produziert, die Widerstand leisten gegen die affirmative Sozialkundeausbildung. Diese Funktion von AG's ist nicht zu isolieren von dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem die Lehrerausbildung tatsächlich steht. Eine AG, die sich nicht um das Ordnungsrecht usw. kümmert, arbeitet unpolitisch. Sie muß erkennen, daß ihre relativ repressionsfreie Arbeit nur möglich ist, wenn sie das politische Institut demokratisiert. D. h. sie muß bei ihrer Arbeit die gegebenen Herrschaftsverhältnisse an diesem Institut und in der Gesellschaft mit reflektieren. Jede AG hat den praktischen Anspruch, ihre Arbeit verbindlich für das ganze Institut zu machen, sie muß also ein Machtfaktor werden, der nicht jederzeit von oben zu beseitigen ist. Das bedeutet, daß die Arbeit ihren Hobbycharakter verliert, daß die AG's so etwas wie festgefügte Kader darstellen, die zugleich in solidarischer Praxis die Ich-Schwäche, Atomisierung, die Angst und die Hemmung der Artikulation von persönlichen Schwierigkeiten, die als allgemeine zu begreifen sind, überwinden und kontinuierliche und *disziplinierte, womöglich repressive* Arbeit auf sich nehmen.

Das Selbstverständnis der AG's entwickelt sich also nicht nur aus der Tätigkeit ihrer Mitglieder, sondern aus dem Selbstverständnis der Basisgruppe und der Studentenbewegung und der Gruppen, die am Verwertungsprozeß der Politologie beteiligt sind, linke Schüler und Lehrer. Mit ihnen hat die AG langfristige Organisationsmodelle für die Demokratisierung der Universität und der Schule zu entwerfen und praktisch zu realisieren.



adam griff etwas voreilig zu,
als eva ihm obst anbot —
das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst - gemüse - lebensmittel - getränke

vor dem haupteingang der uni — jügelstraße

Boykott des Soziologie-Vordiploms

Dokumentation zum Vordiplom im Wintersemester 68/69

I. Ansätze zu einer Selbstorganisation der Soziologen.
Während des Streiks im Wintersemester 68/69 arbeitete eine Vordiplomandengruppe an der Erweiterung des Soziologenpapers vom Wintersemester 67/68. Unsere damaligen Vorstellungen zu einer Neuorganisation des Studiums sind inzwischen in das nun vorliegende Assistenten-Paper eingegangen.

II. Prüfungstermine des Vordiploms im Wintersemester 68/69
Eine Gruppe der Studentenbewegung plante, den aktiven Streik des letzten Semesters fortzusetzen und die angesetzten Klausuren zu sprengen. Diese Gruppe trug zur Selbstorganisation der Vordiplomanden bei, die jetzt bereit waren, bestehende Alternativkonzeptionen durchzusetzen und eine Mehrheit für eine Verweigerung des Vordiploms in der herkömmlichen Weise zu finden. Während des Streiks wäre der Verzicht der Ordinarien auf ihre Privilegien die Voraussetzung dafür gewesen, inhaltlich und organisatorisch das Studium verändern zu können. Wir haben nun mit der Verweigerung der bisherigen Vordiplomsprüfungen ein Faktum geschaffen, das eine Diskussion der inhaltlichen Veränderung von Prüfungen erzwingt. Die nur formale Änderung der Vordiplomsprüfung hat zwei Gründe:

1. Wir konnten die Vorbereitung auf die Klausuren nicht mehr durch Arbeitspapiere, die unseren Vorstellungen von sinnvoller wissenschaftlicher Arbeit entsprochen hätten, ersetzen.

2. Die Strategie für dieses Vordiplom sollte es den Ordinarien unmöglich machen, sich weiterhin auf den institutionellen Rahmen zurückzuziehen. Die Erfahrungen der Studentenbewegung haben hinreichend gezeigt, daß der institutionelle Rahmen prinzipiell veränderbar ist. (Otto-Suhr-Institut, Marburger Soziologie, Frankfurter Politologie.)

Der Druck der Studenten des Empirie-Praktikums im Wintersemester 68/69 bewirkte die Abschaffung der laut Prüfungsordnung vorgeschriebenen Abschlußklausur.

III. Durchführung der Vordiplomsaktion

Unmittelbar vor der Statistik-Klausur am 27. März 69 diskutierten Vordiplomanden und Assistenten über Inhalte und Verfahrensweisen herkömmlicher Vordiplomsprüfungen. Wir waren uns darin einig, individuelle Prüfungsverfahren abzulehnen, die lediglich abfragbares Wissen und psychische Stabilität testen, aber die Selbstkontrolle eigener wissenschaftlicher Arbeit unmöglich machen. Unser Vorschlag, die Statistikklausur in Kollektiven zu schreiben, wurde von 41 Vordiplomanden bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Wir setzten uns in kleinen Gruppen zusammen, diskutierten und lösten die Prüfungsfragen gemeinsam, gaben jedoch einzeln die Arbeiten ab. Nach der Klausur stellte sich heraus, daß die Assistenten es noch drei weiteren Kommilitonen möglich gemacht hatten, nach der „alten" Prüfungsordnung zu schreiben. Deshalb beschlossen wir für die VWL-Klausur, uns in Arbeitsgruppen aufzuteilen und nur je Gruppe ein Papier abzugeben, zumal eine solche Arbeitsweise unsere Intentionen noch eindeutiger darstellen würde.

IV. Reaktion der Professoren

Da zwei Wochen nach der Prüfung noch immer keine Stellungnahme der Professoren vorlag, entschloß sich die Vollversammlung der Vordiplomanden, die Professoren Adorno, Blind, Friedeburg, Habermas, Häuser und Sauermann am Vormittag vor der Sitzung des Prüfungsausschusses zu einer Stellungnahme zu zwingen. Es erschienen nur Adorno und Friedeburg, die klar formulierten, daß eine solche kollektive Schreibweise im Rahmen der bestehenden Prüfungsordnung auf keinen Fall zu legitimieren sei. Adorno, der „abgebrühte Dialektiker", seinem zitierten Selbstverständnis nach „Gewerkschaftsführer der Studenten", sah sich außerstande, unsere kollektive Arbeit zu unterstützen, da individueller Leistungsnachweis nicht möglich. Friedeburg, der von der historischen Situation abstrahierte, stellte unsere Handlungsweise dar als „einseitigen Akt". Direkt befragt: ob er unsere Interessen im Prüfungsausschuß zu vertreten bereit sei, antwortete mit einem klaren Nein. Überraschend bezeichnete er unsere Vorschläge als gegenstandslos, weil längst beschlossen sei, die Soziologie als Hauptfach abzuschaffen: Gedacht sei an Soziologie als Nebenfach u. a. m.

Anschließend erklärte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Prof. Rauter, einer Delegation aus drei Studenten und drei Assistenten, der Ausschuß sei nach Abklärung der Sachlage nicht befugt, die endgültige Entscheidung zu treffen. Man müsse erst ein Rechtsgutachten einholen. Ein Termin dafür wurde nicht genannt. Die sich hieraus ergebenden Maßnahmen müssen auf der Vollversammlung diskutiert werden!

Diese von den Vordiplomanden geschaffenen Fakten verwirrten und verunsicherten Ordinarien und Verwaltung derart, daß 14 Tage danach noch immer keine Stellungnahme vorlag.

Rüegg erklärte lediglich nach der ersten kollektiv geschriebenen Prüfung in der FR: ihm sei keine Prüfungsordnung bekannt, die kollektives Arbeiten ermögliche.

Um den Ordinarien unser Vorgehen zu begründen, hatten wir sie vor der Sitzung des Prüfungsausschusses am 16. 4. 1969, in der über unsere kollektiv geschriebenen Klausuren entschieden werden sollte, zu einer Diskussion eingeladen. Es erschienen jedoch nur Adorno und Friedeburg, die uns lediglich mitteilten, daß eine solche kollektive Schreibweise im Rahmen der bestehenden Prüfungsordnung auf keinen Fall zu legitimieren sei. Auf unsere inhaltlichen Vorschläge zu einer Übergangsregelung, wie sie beispielsweise letzten Sommer am Otto-Suhr-Institut der FU erfolgte, gingen sie überhaupt nicht ein. Zynisch meinte Adorno, die geschriebenen Klausuren seien Fehlanzeige, während Friedeburg auf die kommende technokratische Hochschulreform verwies, die ohnehin eine Abschaffung der Soziologie als Hauptfach vorsehe.

Um der konkreten Entscheidung auszuweichen, beschlossen die Professoren, die danach stattfindende Sitzung des Prüfungsausschusses in eine nur beratende umzuwandeln und die eigentliche Kompetenz durch ein Rechtsgutachten klären zu lassen.

Das bedeutete: Ablehnung einer eigenen verantwortlichen Stellungnahme und einmal mehr Verschanzen hinter dem „institutionellen Rahmen".

Am 29. 4. erhielten wir folgende Einschreibebriefe bezüglich kollektives und individuelles Schreiben:

Prüfungsamt für Diplom-Soziologen
der Philosophischen Fakultät

Frankfurt/Main, den 29. 4. 1969
Einschreiben

Sehr geehrter . . .

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß nach der geltenden Prüfungsordnung für Dipl.-Soziologen der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität vom 25. 1. 1966 Ihre Klausurarbeiten für die Vordiplomprüfung im Fach Grundzüge der Statistik und im Fach Grundzüge der Volkswirtschaftslehre nicht als Leistungsnachweis anerkannt werden können.

Die Prüfungsordnung setzt für die individuellen Zeugnisse individuelle Prüfungsleistungen voraus. Andernfalls wäre die Anforderung an Klausurarbeiten, d. h. individuellen, selbständigen, schriftlichen Prüfungen unter kontrollierten Bedingungen, nicht begründbar. Wir stellen fest, daß zwar in diesem Fall keine Täuschung beabsichtigt war und stattgefunden hat, da die jeweilige Kooperation mehrerer Kandidaten offen erfolgte. Doch ist eine individuelle Zurechnung der Leistungen nicht möglich. Zudem war die unbedingt notwendige Chancengleichheit nicht gewahrt, da die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen sehr verschieden war.
Daher sind Ihre Klausurarbeiten nicht als ausreichende Leistung anzusehen. Sie werden in den mündlichen Examen Gelegenheit erhalten, einen individuellen Leistungsnachweis zu erbringen.

Ludwig v. Friedeburg (Stellv. Vorsitzender) Herbert Rauter (Vorsitzender)

Prüfungsamt für Diplom-Soziologen
der Philosophischen Fakultät

Frankfurt/Main, den 29. 4. 1969
Einschreiben

Hiermit teilen wir Ihnen mit, daß wir es für die Beurteilung Ihrer Klausurarbeit für notwendig halten, daß Sie beiliegende Erklärung unterschreiben und der Geschäftsstelle des Prüfungsamtes, Myliusstraße 30 I, bis zum Freitag, den 9. Mai 1969, zugehen lassen. Damit wird einer eventuellen Anfechtung der Begutachtung der Klausurarbeiten vorgebeugt.

Ludwig v. Friedeburg (Stellv. Vorsitzender) Herbert Rauter (Vorsitzender)

Um diejenigen, die individuell geschrieben hatten, vollends gefügig zu machen, wurde ihnen zusätzlich die nachstehende Erklärung abverlangt:

An das
Prüfungsamt für Diplom-Soziologen
der Philosophischen Fakultät
6 Frankfurt/Main
Myliusstraße 30

Betr.: Klausurarbeit für die Vordiplomprüfung im Fach Grundzüge der Statistik am 27. 3. 1969

Hiermit bestätige ich, daß ich die Klausurarbeit im Fach Grundzüge der Statistik am 27. 3. 1969 den Vorschriften der Prüfungsordnung für Diplom-Soziologen der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität vom 25. 1. 1966 entsprechend geschrieben habe. Ich erkläre, daß ich mich bei der Abfassung der Klausurarbeit nicht behindert fühlte und damit einverstanden bin, daß meine Klausurarbeit normal beurteilt wird.

. . . . . .

Frankfurt am Main, den . . .

Trotz dieser massiven Einschüchterungsversuche seitens der Ordinarien und Verwaltung hat die Mehrzahl der Vordiplomanden beschlossen, in der für den 12. Mai angesetzten Klausur im Fach Soziologie wiederum kollektiv zu schreiben.

Dazu das Beispiel der Zwischenprüfung am Otto-Suhr-Institut in diesem Frühjahr:

1. Schriftliche Prüfung 21., 24., 25. Februar 1969.

Von den Professoren wurde in den Bereichen Geschichte, Innenpolitik und Wirtschaft jeweils ein Generalthema bestimmt, aus dem dann mehrere Fragen zur Auswahl gestellt wurden.

Zu diesen Themen wurden von den Ad-hoc-Gruppen Papers erarbeitet, die allen Kandidaten zur Verfügung standen. Die Themen wurden kollektiv bearbeitet; unter anderem wurden gemeinsame Gliederungen verfaßt.

Es erfolgte keine Schlechterbewertung durch die Professoren.
2. Mündliche Prüfung 24. März bis 15. April 1969.

Grundlage der mündlichen Prüfung sollten individuelle Thesen der einzelnen Kandidaten sein. Jedoch wurden kollektiv Thesen erarbeitet und vorgelegt, die die Professoren akzeptierten.

Das Berliner Beispiel beweist, daß durch geschlossenes, solidarisches Handeln der scheinbar starre „institutionelle Rahmen" durchaus verändert werden kann. Diese Form der Prüfungsverweigerung macht es den Ordinarien unmöglich, sich hinter dem Rükken der uniformierten Staatsgewalt zu verbergen.

Die letzte Woche zeigt deutlich, daß der von der Verwaltung angeforderte Polizeieinsatz den internen Hochschulkonflikt auf eine außeruniversitäre Machtprobe verlagert; d. h., wenn wir dieser Taktik der Administration erliegen, werden wir jedesmal zusammengeschlagen, während die Ordinarien ihren privaten Wissenschaftsbetrieb ungestört fortsetzen können.

Prüfungskampagne in der momentanen Hochschulsituation kann zunächst nur bedeuten:

Abschaffung der bisherigen Prüfungsform!

Flugblatt der Vordiplomanden

Nach jahrelangen fruchtlosen Verhandlungen mit den Professoren haben die Vordiplomanden in Soziologie die bisherige Durchführung der Prüfung boykottiert. Sie haben erkannt, daß sich hinter der Argumentation der Ordinarien – eine solche Zwischenprüfung sei zwar „disfunktional", eine Änderung aber bei vorgegebenem „institutionellem Rahmen" unmöglich – ein manifestes Interesse verbirgt, Prüfungen als leistungsfähigstes Disziplinierungsinstrument zu erhalten.

Anstelle der bisherigen individuellen Klausuren in Volkswirtschaft und Statistik schrieben die Vordiplomanden diese Klausuren kollektiv. Sie setzten sich in Gruppen zusammen, diskutierten die Prüfungsfragen und lösten sie gemeinsam. Der Entschluß, sich dem bisherigen individuellen Zwang der Prüfungen zu verweigern, war das Resultat der Diskussion des aktiven Streiks, die zu dieser politischen Reorganisation des Studiums geführt hatte.

Die Aktion der Soziologen traf das zentrale Disziplinierungsinstrument der technokratischen Universität. Dies zeigt unter anderem die Reaktion der Ordinarien, die die Anerkennung der kollektiven Prüfungen verweigern.

Auch an anderen Fakultäten versuchen die Studenten, die unbefragten Zwänge ihres Studiums aufzubrechen.
Medizinstudenten verweigerten die Aufnahmeklausur eines Biochemie-Kurses, in der überzählige „Kandidaten" hinausgeprüft werden sollten.
Germanistikstudenten werden am Freitag, dem 25. 4., um 16 Uhr, im Hörsaal VI die Durchführung einer Aufnahmeklausur für ein Hauptseminar verhindern.
Kultusbürokratie und Ordinarien geben die Prüfungen als notwendige Leistungskontrolle aus. In Wirklichkeit haben diese Prüfungen die Wirkung, Leistungsangst und Konkurrenzdruck unter den Studenten zu erzeugen.

NUR DIE ORGANISIERTE SOLIDARITÄT ALLER STUDENTEN KANN EINZELNEN BOYKOTTAKTIONEN ZUM ERFOLG VERHELFEN!

MACHT ENDLICH SCHLUSS MIT DEN VERORDNETEN PRÜFUNGEN!

ORGANISIERT EURE POLITISCHEN UND WISSENSCHAFTLICHEN INTERESSEN GEGEN DIE TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM!

Die Vordiplomanden der Soziologie

Der Arbeitskreis stellte folgende Forderungen auf:
Abschaffung der Klausuren, Anfertigung kollektiver Arbeitspapiere. Eine von ihm intendierte Diskussion mit Prof. Friedeburg über eine institutionelle Absicherung dieser Forderungen wurde aber von dem professoralen Polizeieinsatz vereitelt. Dies machte vorläufig unsere Selbstorganisation zunichte.

Sie kaufen günstiger!

Beachten Sie unsere Angebote in unseren Abteilungen

FOTO – KINO – OPTIK
UHREN – SCHMUCK – BESTECKE

HEIN
Adalbertstraße 1 a

PETER NAACHER
FRANKFURT am MAIN · Steinweg 3 · Ruf 28 76 41
Universitätssortiment: Bockenheimer Landstraße 133
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium
Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

FACHSCHAFT JURA

(Anm.: Der vorliegende Beitrag leidet darunter, daß er zwar versucht, im zweiten Teil eine gemeinsam diskutierte Strategie wiederzugeben, daß er aber aus Zeitgründen nicht von allen überarbeitet werden konnte und deshalb — ungewollt — individuelle Interpretationen in den Vordergrund stellen könnte.)

I. Die Politik des Wintersemesters

Die Fachschaft strebt eine Studienreform an, welche die politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen von Recht und Rechtswissenschaft aufweist. Rechtswissenschaft hat sich ständig ihres Praxisbezugs zu vergewissern; vor allem die verschiedenen Berufs- und Entscheidungssituationen sind in die Ausbildung einzubeziehen. Die Trennung von wissenschaftlicher und praktischer Ausbildung ist aufzuheben. Jede Studienreform muß scheitern, die nicht gleichzeitig die Emanzipation des einzelnen Studenten voraussetzt und bewirkt. Diese Vorstellungen wurden ausführlich in einer Broschüre zu Beginn des Semesters dargestellt.

Die offizielle Studienreform umgeht solche Zielsetzungen zugunsten einer effektiveren Gestaltung des tradierten Studienbetriebs. Versuche, verstärkten Einfluß über Institutionen wie Fakultät und Fakultätentag zu gewinnen, waren gescheitert.

Die politische Konsequenz lautet daher: Durch die Konfrontation mit einer studentischen Minderheit muß der bestehende Lehr- und Ausbildungsbetrieb einer Kritik unterzogen werden, um zum Bewußtsein seiner selbst zu gelangen. Nur im Wege einer Selbstorganisation der Studierenden, die das Zukünftige vorwegnimmt, kann eine regressive Studienreform sinnvoll bekämpft und überwunden werden.

1. Politik des Konflikts

Eine Praxis, der eine kritische Theorie zugrunde liegt, die die Krise von Staat, Gesellschaft und Recht zu analysieren versucht und in der Einlösung eines geschichtlich emanzipatorischen Anspruchs die Alternative zu einer autoritären Gesellschaft sieht, kann nicht affirmativ sein. Sie wird auch einen Handlungsrahmen nicht akzeptieren, der seine Rechts- und Anstandsregeln nicht legitimieren kann. So kennzeichnet die Aktionen der Fachschaft ein wie auch immer gearteter Regelverstoß (z. B. werden Wortmeldungen übersehen, steht man auf, um ungefragt seine Fragen zu stellen; man streikt für einen Tag, obwohl ein nunmehr ergangener Gerichtsbeschluß dem AStA verbietet, zu Streik etc. aufzurufen). Das „wirkliche, sinnliche Joch" ließ man nicht über den Köpfen schweben, nachdem man es theoretisch überwunden hatte. Das gilt zumal für die Kritik des Ordinarienprinzips. Kann der Ordinarius nicht qua Person Wissenschaftlichkeit garantieren und ist der juristische „Allround"-Gelehrte, bei zunehmender Spezialisierung der Wissenschaften und bei der Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit, Geschichte, dann wird seine Herrschaftsposition praktisch für ein oder zwei Stunden oder gar für ein ganzes Semester überwunden. Im Falle des Warnstreiks handelte es sich um eine praktizierte Parlamentarismuskritik (mögliche Schließung des Juristischen Seminars wegen fehlender finanzieller Mittel). Bleibt noch anzumerken, daß die Aktionen exemplarischen Charakter hatten (z. B. Kampf um finanzielle Mittel, gleichzeitig Parlamentarismuskritik und Kampf gegen Schüttes technokratische Hochschulreform — Kuratoriumskonstruktion).

a) **Mobilisierungsstrategie**

Die Kritik wurde selten auf einem abstrakt wissenschaftlichen-politischen Niveau geleistet, sondern setzte bei den konkreten Bedürfnissen und Interessen der einzelnen Studenten an. Die Notwendigkeit für einen solchen Ansatz ergab sich aus der spezifischen Situation an der juristischen Fakultät. Juristen kennzeichnet bislang, daß sie nicht per se kritischer Natur sind. Die Herkunft der Studenten, eine noch immer am Positivismus orientierte Ausbildung, eine an den Gratifikationen des bestehenden Systems ausgerichtete Verhaltensweise, kein unmittelbar praktisches und wissenschaftliches, sondern ein Examensinteresse sind die Ursachen für diese eigentümliche Disposition. Die von der Fachschaft intendierte Studienreform wurde daher an offenkundigen Mängeln des Ausbildungssystems vermittelt:

- Hoffnungslose Arbeitsplatzsituation; mögliche Schließung des Juristischen Seminars für 5 bis 6 Monate
- Ungenügende Ausbildung (Erler-Aktion)
- Kostspielige — unsoziale und ungenügende Ausbildung (Amtshaftungsklage gegen Fakultät zwecks Einklagung des Repetitorgeldes)
- Willkürlicher Charakter des gegenwärtigen Prüfungswesens (Schiedermair-Aktion)

Aktionen, deren interessenbezogener Charakter nicht unmittelbar einsichtig war (Kampf gegen technokratische Hochschulreform — Coing; Kampf gegen Kriminalisierung studentischer Arbeitskreise und Aktionen — Lüderitz), griffen immer wieder auf die gemachten Erfahrungen zurück.

Die gesamtuniversitäre Situation wurde nur mittelbar in diese Strategie einbezogen. Zum Beispiel: an der AfE sollen die Grundlagenfächer gekürzt werden — bei uns haben sie bereits jetzt keine Relevanz für den Ausbildungsbetrieb.

b) **Stabilisierungsstrategie**

Die Organisierung der mobilisierten Studenten wurde in Arbeitskreisen versucht. Hier sollte verwirklicht werden, was bislang nur gefordert wurde: kollektive Lernprozesse, herrschaftsfreies Lernen, Verknüpfung von Theorie und Praxis, interdisziplinäre Zusammenarbeit. Inhaltlich knüpften die Arbeitskreise zumeist an die in Aktionen aufgezeigten Problemstellungen an. Die Kritik der Erler-Vorlesung wurde in einer späteren Phase an Hand eines von der Fachschaft vorgelegten Gegenkonzepts geführt, was in seinen formalen und inhaltlichen Aspekten mit den Erstsemestern diskutiert wurde. Kriterien waren u. a.: Eine systematische Rechtswissenschaft — vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat — existiert nicht mehr; eine Einführung hat daher exemplarisch Problembereiche des Rechts darzustellen; sie hat dabei von den unmittelbaren Erfahrungen der Anfänger auszugehen (Intimbereich, Konsumentenbereich, Hochschulbereich usw.); herrschaftsfreie Diskussion; praktischer Anschauungsunterricht. Nachdem die Vorlesung nicht mehr gehalten wurde, bestand ein Interesse der Erstsemester nach einem Ersatz. Diese Funktion übernahm der Arbeitskreis „Einführung in die Rechtswissenschaft". Nach der Behandlung von Sitten- und Schuldstrafrecht wurde die Tätigkeit unmittelbar praktisch, indem man im Rahmen einer Erarbeitung der „Politischen Justiz" einen Prozeß gemeinsam besuchte (und dabei aus dem Gericht geprügelt wurde). Der Arbeitskreis „autoritärer Staat und Staatsrecht" verdankt seine Entstehung der bei den Seminar-Aktionen geweckten Parlamentarismuskritik. Hingegen konstituierte sich, der ebenfalls interdisziplinär durchgeführte Arbeitskreis „Kriminologie" aus Teilnehmern der Seminare von Habermas und Geerds und weiteren Interessenten. Die Arbeit dieser Gruppen diente der Befriedigung theoretischer Bedürfnisse ihrer Mitglieder, hatte akademischen Charakter. Im Unterschied dazu hatten Gruppen wie „Rechtshilfe" und „Disziplinarrecht" einen stärkeren Praxisbezug, der sich an den Erfordernissen der Studentenbewegung ausrichtete. Die partikularistischen Tendenzen der Arbeit zeigen sich am auffälligsten in der Tatsache, daß die einzelnen Gruppen nicht miteinander kommunizierten.

2. Situation zu Ende des Wintersemesters

Einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Studenten gelang es, einen privaten Bereich zu verlassen und, in solidarischer Aktion, ihre Situation zu verbessern. Die Anpassung einer nicht geringen Zahl von Anfängern an den herkömmlichen Studienbetrieb konnte verhindert werden. Die Fixierung einer Vielzahl von Studenten auf den Ordinarius wurde gebrochen. Der Kreis der politisch Aktiven vergrößerte sich ebenso wie die Zahl der in Gruppen organisierten Studenten. Zeitweilig konnten 600 bis 700 Studenten mobilisiert werden (Aussperrung anläßlich der Erler-Aktion; mögliche Schließung des Seminars). Dennoch befinden wir uns in einem eigentümlichen Dilemma:

- die studentischen Arbeitskreise weisen partikularistische und praxisferne Tendenzen auf
- einer selbsttätigen Praxis steht ein schizoides Bewußtsein mobilisierter Studenten im Wege; die internen Integrationsmechanismen (Examen, Übungen) und das externe Anpassungssystem (juristische Berufe) führen zu einer für den einzelnen kaum auszuhaltenden psychischen und physischen Belastung in Form von Perspektivlosigkeit einerseits und Doppelarbeit andererseits.

II. Perspektiven für das Sommersemester

Ausgehend von dieser Analyse, lassen sich einige Anmerkungen zur Strategie des Sommersemesters machen, die ferner die sich wandelnde Praxis der Studentenbewegung (Stadtteilbasisgruppen und die so neu verstandene „Justizkampagne") zu berücksichtigen hat.

1. Die Auflösung des internen Anpassungssystems

Die vom Ausbildungssystem ausgehenden Anpassungszwänge sind zu durchbrechen, soll eine Selbstorganisation der Studenten mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden können. Das bisherige „Scheinewesen" läßt sich weder unter wissenschaftlichen noch unter berufsbezogenen Aspekten legitimieren. Die Subsumtionspraxis bewirkt eine Konsumentenhaltung, die Reflexion und wissenschaftlicher Auseinandersetzung im Wege steht und statt dessen nicht ausgewiesene politische und soziale Werthaltungen einübt; sie probt eine Tätigkeit, die allenfalls von fünf Prozent der Juristen (Revisionsrichter) in ihrem zukünftigen Beruf verlangt wird, ohne andere Entscheidungssituationen zu berücksichtigen.

Um dieses System zu entlarven, bieten sich u. a. an:

- die Veröffentlichung von Musterlösungen bei Hausarbeiten
- Klausuren und Hausarbeiten werden nicht mehr „juristisch", sondern „politisch" gelöst

Eine solche Praxis würde die Professoren in ungeahnte Legitimierungsschwierigkeiten versetzen und die Kriterien juristischer Leistungsnachweise zur Diskussion stellen. Eine Ablösung der bisherigen Subsumtionspraxis durch die Anfertigung von Urteilsanalysen, Aufsätzen zu einzelnen Rechtsinstituten, Argumentationen für verschiedene Entscheidungssituationen usw. erscheint ein durchsetzbares Kampfziel. Hingegen verspricht das Schreiben kollektiver Arbeiten erst dann sinnvoll zu sein, wenn diese Form des Arbeitens Praxis von Juristen geworden ist.

Fortsetzung auf Seite 10

ZUM HALBEN BEZUGSPREIS

also für 3,80 DM

erhalten Studierende im Abholabonnement an von uns eingerichteten Stellen in den Hochschulorten die

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung und Alleinauslieferung bei:

Zeitungsladen
im Studentenhaus

Notstandsgesetze an der Hochschule

Am 28. April 1969 ist uns bei dem Versuch, für den durch Ausweisung bedrohten persischen Kommilitonen Taheri die Immatrikulation durchzusetzen, durch den massiven Einsatz der Polizei exemplarisch klargemacht worden, was das geplante Ordnungsrecht für eine politische Widerstandsorganisation bedeutet: Notstandsgesetze der Universität! Am Fall Taheri lassen sich die jeden von uns bedrohenden Konsequenzen des praktizierten Ordnungsrechts klar zeigen: durch formaljuristische Argumente sollen politische Diskussionen und Aktionen kriminalisiert und unmöglich gemacht werden.

Das Ordnungsrecht ist ein Glied in der Kette der Maßnahmen des Staates zur Zerschlagung der Studentenbewegung. Mit den ersten Versuchen der Studenten, politische Basisorganisationen zu bilden, verschärften sich die staatlichen Disziplinierungsmaßnahmen zusehends. So provisorisch diese Versuche auch waren, der Staatsapparat sah seine Legitimation in Frage gestellt und reagierte mit einer Systematisierung der bisher nur punktuellen Unterdrückungsmaßnahmen. Die liberalen Grundrechte wurden abgebaut, und ein umfassendes Instrumentarium exekutiver Vollmachten zur Zerschlagung der Studentenbewegung geschaffen. Die NS-Gesetze, die Vorbeugehaft, die Einschränkung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung, der Gerichtsschutz durch Bannmeilen erfüllen die Funktion, die Widerstandsaktionen außerhalb des direkten Bereiches der Wissenschaft, der Hochschulen, niederzuschlagen. In den Hochschulen selber war es bislang immer noch möglich, die Verwendung der Wissenschaft zur Aufrechterhaltung und Verfestigung der Herrschaft in Wirtschaft und Bürokratie sowie ihrer eigenen Herrschaftsstrukturen zu behindern und einzuschränken, ohne die Willkür einer bundesweiten Sondergerichtsbarkeit nach sich zu ziehen. In dem Moment, in dem durch Streiks und politische Selbstorganisation des Studiums der Widerstand praktisch wirksam zu werden beginnt, soll das Ordnungsrecht die Grundlagen für systematische Repressionen schaffen. Einerseits wird die Hochschulreform vorbereitet, mit der die Universität den technischen Erforderungen industrieller Produktion angeglichen werden soll; andererseits werden solch brutale Polizeieinsätze wie der gestrige legalisiert, und jeder einzelne Student, der sich nicht völlig konform verhält, wird der Privatgerichtsbarkeit der Universitätsadministration, der Willkür reaktionärer Ordinarien Rektor und Senat ausgeliefert. Die das sogenannte akademische Leben der Universität bestimmenden Prinzipien sind allein definiert durch formale, den Zwecken eines funktionalen Wissenschaftsbetriebes entsprechende Kriterien. Durch zusätzliche Bestimmungen sollen in dem Entwurf des hessischen Universitätsgesetzes (Entwurf der Landesregierung vom März 1969) Möglichkeiten für ein unbeschränktes Durchgreifen der Ordnungsbehörden geschaffen werden. Es wird eine „Informationspflicht" aller Universitätsangehörigen (auch der Studenten) gegenüber dem Kultusminister geschaffen, die sie zwingen soll, auf alle vorgelegten Fragen, also auch auf Aufforderungen zur Denunziation politisch mißliebiger Studenten, wahrheitsgemäß zu antworten. Eine Verletzung dieser Informationspflicht soll selbst einen ordnungsrechtlich strafbaren Tatbestand darstellen (§ 53 bzw. 55). Auch nur bescheidene Versuche der Studenten, den gegebenen Wissenschaftsbetrieb durch Aktionen und Aufklärung zu problematisieren, sollen künftig durch die Ordnungsbehörden erfaßt werden können.

Hinzu kommen die gegenüber dem bisherigen Disziplinarrecht erheblich ausgeweiteten Strafbefugnisse: Der in § 4 des Staatsvertrages vorgesehene Austausch von Informationen über Ordnungsstrafen zwischen den Kultusministern ist kein Aktenfetischismus, sondern dient dem Zweck des Ausschlusses von allen Hochschulen der BRD.

Redaktionssitzung
ASTA – Info
Jeden Donnerstag, 17 Uhr,
im AStA, Zimmer 12,
mit den Basisgruppen

AStA
Sprechstunden: Studentenhaus, Zimmer 15, Montag bis Freitag, 10 bis 12 Uhr.

Buchtausch
Der AStA bietet dem Studenten höheren Semesters die Möglichkeit, nicht mehr benötigte Bücher günstig zu verkaufen. Die angebotenen Bücher werden im Glas-

schrank im
den AStA-Bü
nahme und V
des Studente
Bringen Sie
nötigten Büc
tausch. Sie
selbst fest,
Bücher aus.
Schauen Sie
gestellten Bä
leicht ist auc
nötigtes Lehr

Hochschulfüh
Der Hochsch
4. Auflage ne
erhältlich im
bei den Pfö
meisten Fra
lungen. Preis

Wehrberatun
jeden Mittwo
AStA, Zimme

Und so soll das Ordnungsrecht aus

Abschrift:

Staatsvertrag
über die Grundsätze zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen und über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechtes an den Hochschulen, beschlossen von den Ministerpräsidenten aller Bundesländer.

Art. II
Die vertragschließenden Länder verpflichten sich, das bei den nach Landesrecht als Hochschulen anerkannten Ausbildungsstätten bestehende Disziplinarrecht, soweit vorhanden, aufzuheben. Die Geltung der beamtenrechtlichen und arbeitsrechtlichen Vorschriften bleibt hiervon unberührt. Die Länder erlassen für diese Ausbildungsstätten ein Ordnungsrecht unter Beachtung der folgenden Bestimmungen:

§ 1
Alle Mitglieder der Hochschulen sind verpflichtet, daran mitzuwirken, daß die Hochschule ihren Auftrag ordnungsgemäß erfüllen kann. Sie haben insbesondere die Ordnung der Hochschule und ihre Veranstaltungen zu wahren.

§ 2
(1) Gegen Mitglieder einer Hochschule können, soweit für sie keine beamtenrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Vorschriften anzuwenden sind, ordnungsrechtliche Maßnahmen getroffen werden, wenn sie die Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule beeinträchtigen oder gegen die Ordnung der Hochschule verstoßen, insbesondere wenn sie
1. die Durchführung von Lehrveranstaltungen, den Forschungsbetrieb, die Tätigkeit der Organe oder die Verwaltung stören oder behindern;
2. widerrechtlich in Räume der Hochschule eindringen oder auf Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernen;
3. Gebäude oder Räume der Hochschule oder deren Zwecken dienende Gegenstände zerstören oder beschädigen;
4. eine mit Strafe bedrohte Handlung begehen, die gegen die Mitglieder der Hochschule oder gegen zur Sicherheit und Ordnung der Hochschule eingesetzte Personen gerichtet ist;
5. andere öffentlich dazu auffordern, eine der in Nummern 1 bis 4 bezeichneten Handlungen zu begehen.
(2) Dies gilt auch, wenn Mitglieder der Hochschule eine der in Absatz 1 bezeichneten Handlungen an einer anderen Hochschule begehen.

§ 3
(1) Ordnungsmaßnahmen sind:
1. mündliche Verwarnung,
2. schriftlicher Verweis,
3. Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen oder der Benutzung von Einrichtungen der Hochschule für ein oder mehrere Semester, sofern sich der Verstoß auf diese Lehrveranstaltungen oder Einrichtungen bezieht;
4. Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Hochschule oder des Ausschlusses vom Studium an allen Hochschulen des Landes;
5. Ausschluß als Mitglied der Hochschule bis zu drei Jahren;
6. Ausschluß vom Studium an allen Hochschulen des Landes bis zu drei Jahren.
(2) Die Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 4 kann mit der Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 3 verbunden werden.

§ 4
(1) Ist der Student in einem Land der Bundesrepublik Deutschland durch unanfechtbaren oder vorläufig vollziehbaren Bescheid einer Ordnungsbehörde vom Studium gem. § 3 Abs. 1 Nr. 6 ausgeschlossen worden, so ist ihm für die Zeit des Ausschlusses die Immatrikulation zu versagen.
(2) Ist die Immatrikulation in Unkenntnis des Versagungsgrundes des Abs. 1 erfolgt, so ist sie zurückzunehmen. Die Immatrikulation ist zu widerrufen, wenn der Student nach seiner Immatrikulation in einem Land der BRD durch unanfechtbaren oder vorläufig vollziehbaren Bescheid einer Ordnungsbehörde vom Studium an allen Hochschulen des Landes ausgeschlossen worden ist.
(3) Die Ordnungsbehörde teilt dem Kultusminister unverzüglich mit, gegen welche Studenten unanfechtbare oder vorläufig vollziehbare Bescheide im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 6 ergangen sind. Der Kultusminister unterrichtet hiervon die Kultusminister der anderen Länder. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn Entscheidungen ergehen, durch die solche Bescheide aufgehoben werden oder die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfes wiederhergestellt wird.

Solange das
in Kraft getre
setz betreffen
nisse der St
Disziplin auf
täten vom 29
Gesetzessam
in der Fassun
Bereinigung
rechts vom 6
setz- und Ve
1962 S. 21).

Auszug:
§ 5
Disziplinarstr
Studierende
1. wenn sie
verstoßen, w
hung disziplin
lassen sind;
2. wenn sie H
welche die Si
akademischen
oder gefährde

§ 6
Disziplinarstr
1. Verweis.
2. Nichtanrec
den Halbjahr
schriebene Si
3. Androhung
der Universit
consolium ab
4. Entfernung
(consilium ab
5. Ausschluß
studium (Rele
Der Ausschlu
studium kann
rechtskräftige
gen einer s
ausgesproche
dieselbe aus
sinnung entsp
In der Vorla
Landesregieru
tätsgesetz vo
folgende ver
mungen enth

„§ 55 – Ausku
(1) Der Kultu
den Universit
einzelne An
langen. . . .
(3) Die Hochs
senschaftliche
die Studente
die ihnen v
wahrheitsgem
fristgerecht z
Einzelangabe
behandeln."
Nach § 52 A
nungsstrafen
griffen werden
kunftspflicht r

Fortsetzung von Seite 9

Solange eine faktische Änderung des Ausbildungssystems (Übungen, Examen) nicht durchzusetzen ist, soll die anfallende Doppelarbeit über die Bildung von Lerngemeinschaften abgefangen werden, die zugleich politische Funktionen übernehmen sollen.

2. Die Auflösung des externen Integrationssystems

Eine langfristige Stabilisierung der Bewegung läßt sich nur dann erreichen, wenn die Existenz von dysfunktional ausgebildeten Juristen gesichert werden kann. Eine Reprivatisierung oder Anpassung von bereits politisierten Studenten wäre sonst unvermeidlich. Bislang ist nicht zu übersehen, inwieweit sich Arbeitsmöglichkeiten von „linken" Juristen in herkömmlichen Berufen ergeben; man wird hier vor allem die Praxis von Referendargruppen abzuwarten haben. Doch sind die Möglichkeiten eher pessimistisch zu beurteilen. Langfristig ergibt sich folgende Perspektive:

Arbeit in akademischen Berufen (wissenschaftliche Tätigkeit),

Arbeit in Kollektiven von Juristen, Soziologen, Psychologen usw., die praktisch-politisch in Stadtteilbasisgruppen usw. arbeiten. Bei Erschließung außeruniversitärer Gruppen sollten sich hier Möglichkeiten der Existenzsicherung ergeben; übergangsweise „jobben" usw.

In diesem Rahmen und unter diesen Aspekten ist die Arbeit von Juristen in Projekt- oder Stadtteilbasisgruppen usw. zu betrachten. In dem Maße wie sich Probleme arbeits-, miet-, jugendrechtlicher usw. Natur ergeben, lassen sie sich in den Universitätsbetrieb in der Weise einbringen, daß sie in ihrer theoretischen und praktischen Relevanz in Vorlesungen und Übungen diskutiert werden. Die Vermittlung hätte über Arbeitsgruppen zu laufen, deren rein akademische Ausrichtung so überwunden werden könnte. Um solcherlei Problemstellungen erfolgversprechend im Ausbildungsbetrieb vermitteln zu können, wird man am Ausbildungsinteresse der Studenten anknüpfen müssen („so sieht die Praxis aus"). Die Organisierung von Studenten hätte dann in solcherart praktisch und theoretisch arbeitenden Gruppen zu erfolgen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Gefangenenarbeit – Arbeitsgruppe: Kriminologie – Strafrechtsvorlesungen und -übungen, wobei die Projekte jeweils vom Plenum diskutiert werden sollen.

3. Exkurs (Anfänger, Studienberatung)

Die Erfahrungen des letzten Semesters haben gezeigt, daß eine Arbeit bei Anfängern besonders wirkungsvoll ist; der Grund hierfür liegt darin, daß die internen Anpassungsmechanismen (Übungen, Scheine) zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirksam sind.

Im Sommersemester wird deshalb eine Studienberatung durchgeführt, die eine Anpassung frühzeitig verhindern soll. Den Anfängern wird ein Fragebogen vorgelegt, der vor allem klären soll, mit welcher Motivation man Jura studiert (Herkunft, Berufserwartungen usw.), welche Erwartungen für ein Jurastudium gegeben sind – insbesondere auch: wie man lernen will, inwieweit einzelne bereits politisch aktiv waren usw. Der Fragebogen soll zusammen mit den Erstsemestern im Mai ausgewertet werden. Bei diesem Termin soll versucht werden, Lerngemeinschaften zu initiieren. Ferner wurde eine Literaturliste mit ausgewählter Literatur übergeben, sowie ein Flugblatt mit Angaben technischer Natur. Über den Ausgang dieses Experiments lassen sich zur Zeit noch keine Angaben machen.

Nicht warten – vorher denken. Man fährt besser mit **Neck**
sicherung. Niedriger Grundbeitrag • Ta
neuen Ideen • Schadenfreiheitsrabatte n
rungsjahren. Nutzen auch Sie die Vorteile
Neckermann Versicherungs-AG.

Sofort anrufen!
Frankfurt: 41 000 888 oder
Hanau: 0 61 81 / 2 86 03
es lohnt sich

Veranstaltungskalender Mai — Juni 1969

Satirisches Theater Die Schmiere

das schlechteste Theater de: Welt
Im Karmeliterkloster
(Nahe Goethehaus — Fr. Hof — Städt. Theater — Degussa)

Jeden Dienstag 20.30 Uhr:
EMIL KNOLL'S TOTLACHSCHAU
Ziemlich unkomische Späße
von Rudolf Rolfs

Mittwoch, 14., 28. Mai und 11. Juni, 20.30 Uhr:
DIE KATZE TRITT DIE TREPPE KRUMM!
(über 200 mal) von Rudolf Rolfs

Mittwoch, 21. Mai und 4., 18. Juni, 20.30 Uhr:
MENSCH IN ASPIK (über 150 mal)
von Rudolf Rolfs

Jeden Donnerstag 20.30 Uhr:
EMIL KNOLL'S TOTLACHSCHAU
von Rudolf Rolfs

Jeden Freitag 20.30 Uhr:
DIE TOTE RATTE IN DER LIMONADEFLASCHE
von Rudolf Rolfs (über 300 mal)

Samstag, 10., 24. Mai und 7., 21. Juni, 20.30 Uhr:
SIE NENNEN DAS MÄDCHEN EINFACH: PAUL!
von Rudolf Rolfs

17., 31. Mai und 14., 28. Juni, 19.30 Uhr:
MENSCH IN ASPIK

Jeden Samstag 21.30 Uhr:
SIE SIND EIN FERKEL, EXZELLENZ!
Sexualkritisches von Rudolf Rolfs

Jeden Sonntag 20.30 Uhr:
EMIL KNOLL'S TOTLACHSCHAU
von Rudolf Rolfs

Kasse ab 17.00 Uhr. Telefon: 28 10 66 (jederzeit)

atelier am ZOO

Mitglied der Gilde der Filmkunsttheater

Frankfurt, Pfingstweidstraße 2, Telefon 49 17 25
STUDENTEN MIT AUSWEIS ZAHLEN DM 1,80 (AUSSER SA. U. SO.)

Anfangszeiten: Täglich 15.00, 17.15, 19.30, 21.45 Uhr
Bitte beachten Sie die Ausnahmen!

Freitag, 9. 5.
Jack Lemmon, Shirley McLaine, Fred McMurray
DAS APPARTEMENT
Regie: Billy Wilder
Samstag/Sonntag, 10./11. 5.
Burt Lancaster, Montgomery Clift
VERDAMMT IN ALLE EWIGKEIT
Regie: Fred Zinnemann
Montag, 12. 5.
Peter Sellers, Jean Seberg
DIE MAUS DIE BRÜLLTE
Regie: Jack Arnold
Dienstag, 13. 5.
Françoise Dorleac, Donald Pleasance
WENN KATELBACH KOMMT
Regie: Roman Polanski
Der faszinierendste aller Polanski-Filme
Mittwoch/Donnerstag, 14./15. 5.
Akiko Takashi, Kuniko Ishii
DAS MÄDCHEN NANAMI
Regie: Susumu Hani
Freitag bis Sonntag, 16.—18. 5
Delphine Seyrig, Giorgio Albertazzi, Sacha Pitoëff
LETZTES JAHR IN MARIENBAD
Regie: Alain Resnais
Die langerwartete Wiederaufführung
Montag, 19. 5.
Jean Pierre Leaud, Chantal Goya, Marlene Jobert
MASCULIN-FEMININ
oder:
Die Kinder von Marx und Coca Cola
Regie: Jean Luc Godard
Dienstag, 20. 5.
Pierre Blanchard, Harry Baur, Madelaine Ozeray
SCHULD UND SÜHNE
(Crime et châtiment)
Regie: Pierre Chaud
Mittwoch, 21. 5.
Ein Meilenstein der Filmgeschichte
PANZERKREUZER POTEMKIN
Regie: Sergej M. Eisenstein
Donnerstag, 22. 5.
Jean Marais, Josette Day, Michel Auclair
LA BELLE ET LA BETE
Regie: Jean Cocteau
Freitag bis Montag, 23. 5.—26. 5.
Sharon Tate, Alfie Bass, Roman Polanski
TANZ DER VAMPIRE
oder:
Verzeihung, aber Ihr Zahn steckt noch

Dienstag, 27. 5.
Helene Weigel, Angelika Hurwicz, E. Schall
MUTTER COURAGE UND IHRE KINDER
Regie: P. Palitzsch/DDR 60
Brechts Chronik aus dem 30jährigen Krieg
Geänderte Anfangszeiten und Preise.
Mittwoch, 28. 5.
Adolf Wohlbrück, Martine Carol, Peter Ustinov
LOLA MONTEZ
Buch u. Regie: Max Ophüls
Donnerstag, 29. 5.
Julie Christie, Oscar Werner, Cyril Cusak
FAHRENHEIT 451
Regie: François Truffaut
Freitag bis Sonntag, 30. 5.—1. 6.
Richard Burton, Elizabeth Taylor, Alec Guinness, Peter Ustinov
STUNDE DER KOMÖDIANTEN
Regie: Peter Glenville
Montag, 2. 6.
Montgomery Clift, Susannah York
FREUD
Regie: John Huston
Dienstag, 3. 6.
Frank Sinatra, Kim Novak, Eleonor Parker
DER MANN MIT DEM GOLDENEN ARM
Regie: Otto Preminger
Mittwoch/Donnerstag, 4. 6./5. 6.
Elizabeth Taylor, Montgomery Clift, Katherine Hepburn
PLÖTZLICH IM LETZTEN SOMMER
Regie: Joseph L. Mankiewicz
Freitag, 6. 6.
Zero Mostel, Phil Silvers, Michael Crawford, Buster Keaton
TOLL TRIEBEN ES DIE ALTEN RÖMER
Regie: Richard Lester
Samstag/Sonntag, 7./8. 6.
Faye Dunaway, Steve McQueen
THOMAS CROWN IST NICHT ZU FASSEN
Regie: Norman Jewison
Montag, 9. 6.
Gary Cooper, Audrey Hepburn, Maurice Chevalier
ARIANE — Liebe am Nachmittag
Regie: Billy Wilder

asta information
Erscheint jeden zweiten Donnerstag im Semester
Herausgeber: Das Parlamentspräsidium, Redaktion: Walter Röser, Günther Frank und Mitglieder der Basisgruppen.
Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, Tel. 7 98 31 86 u. 77 75 75.
Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main.

Theater am Turm

Landesbühne Rhein-Main

„Der gute Mensch von Sezuan"
am 9., 24., 25. Mai
„Ein Florentinerhut"
am 16., 17., 18., 21. und 22. Mai
am 11. und 12. Juni
„Der Widerspenstigen Zähmung"
am 7., 8., 14. und 15. Juni
„Das Mündel will Vormund sein"
am 10. und 28. Mai

Alle Vorstellungen beginnen um 20 Uhr, mit Ausnahme der Jugendstücke.

Das Programm für die EXPERIMENTA III wird gesondert veröffentlicht

Die Katakombe

Frankfurts Kellertheater
Schützenstr. 8, am Brückenkeller
Telefon 28 47 50

Täglich 20 Uhr — außer Montag
FAUST
der Tragödie III. Teil
von Deutobold Symbolizetti
Allegoriowitsch Mystifizinsky
Einrichtung und Inszenierung: Marcel Schilb

Letzte Vorstellung: 21. Juni, 20 Uhr

Karten telefonisch über 28 47 50 ab 16 Uhr
Vorverkauf: Drugstore Parkhaus Hauptwache, Schalterraum Neue Presse Schillerstraße
Theaterkasse: ab 19 Uhr
Ermäßigung für Studenten

Spielplan für die Zeit vom 15. 5. bis 15. 6. 1969
GUTSCHEIN *

Frankfurter Resistenztheater

Kabarett Die Maininger
6 Frankfurt am Main
Neue Rothofstraße 26 a
(parallel zur Goethestraße — Nähe Opernplatz), Tel.: 8 24 34 u. 28 02 27
Im Mai noch täglich (außer montags) 20.30 Uhr:

„CONNY LÄSST DIE PUPPEN TANZEN"
Eine kabarettistische Synthese
AKTUELL! SATIRISCH! POINTIERT!
Pfingstsonntag—Dienstag (27. 5.) keine Vorstellung!
Im Juni nur donnerstags, freitags, samstags und sonntags
(jeweils 20.30 Uhr)
„CONNY LÄSST DIE PUPPEN TANZEN"
Für Studenten ermäßigte Preise!

* Gegen Abgabe dieses Gutscheins erhalten Studenten zusätzlich 15 Prozent Ermäßigung.

Lippmann + Rau Veranstaltungen

Freitag, 23. Mai, 20 Uhr, Bürgerhaus der Nordweststadt
(Endstation U-Bahn)
SHOW '69?
HÜSCH: Hans Dieter Hüsch, Texte und Chansons
FLAMENCO: Andres Batista, Sologitarrist des Festival Flamenco Gitano
JAZZ: Zagreb Jazz Quintett

Samstag, 7. Juni, 20 Uhr, Kongreßhalle/Messegelände
London Blues
JOHN MAYALL GROUP

Donnerstag, 12. Juni, 20 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
ELLA IN FRANKFURT '69
The First Lady of Song: Ella Fitzgerald, mit dem Tommy Flanagan Trio featuring Ed Thigpen
Karten im Vorverkauf

Städtische Bühnen Frankfurt

Spielplan vom 16. 5. bis 15. 6. 1969

Oper

Fausts Verdammnis
16. 5. 1969
La Cenerentola
17. 5. und 15. 6. 1969 abends
Der feurige Engel
18. 5. und 23. 5. 1969
La Traviata
20. 5. und 26. 5. 1969
Aida
21. 5. 1969
Rigoletto (ital.)
22. 5. und 5. 6. 1969
Der Nußknacker (Ballett)
24. 5. und 13. 6. 1969
Die Zauberflöte
25. 5. und 7. und 15. 6. 1969 (Nachm.)
27. 5. 1969 Gastspiel
Fuchsjagd (von Agatha Christie)
Bernhard-Theater Zürich
Pelléas und Mélisande
(franz. Sprache)
28. 5. und 4. 6. 1969
Die Hochzeit des Figaro
29. 5. 1969
La Bohème
30. 5. 1969
Carmen
31. 5. 1969
Tannhäuser
3. 6. 1969
Die Fledermaus
6. 6. 1969
Johanna auf dem Scheiterhaufen
8. 6. 1969 (Nachm.)
Die Entführung aus dem Serail
8. 6. 1969 abends
Fürst Igor
9. 6. 1969
Tosca
11. 6. 1969
Der Bettelstudent (Premiere)
12. 6. und 14. 6. 1969
Sonntagskonzert der Museumsgesellschaft
18. 5. 1969, 10.30 Uhr, und
Montagskonzert der Museumsgesellschaft
19. 5. 1969, 20.00 Uhr
Nachgeholtes 5. Sonntagskonzert der Museumsgesellschaft
1. 6. 1969, 10.30 Uhr, und
Nachgeholtes Montagskonzert (5.) der Museumsgesellschaft
2. 6. 1969, 20.00 Uhr
10. 6. 1969 Oper geschlossen
Änderungen vorbehalten

Schauspiel

Celestina
16. 5. 1969
Carmino Real
17. 5. 1969 (Premiere) und 19. 5., 21. 5., 22. 5., 23. 5., 25. 5., 27. 5., 28. 5., 30. 5. und 31. 5. 1969 und
1. 6. (Nachm.), 2. 6., 6. 6., 7. 6., 8. 6., 10. 6., 11. 6., 12. 6. und 15. 6. 1969
König Richard der Zweite
20. 5. 1969 und 18. 5. 1969 (Nachm.), 4. 6., 5. 6., 13. 6. und 14. 6. 1969
Sonntags am Meer
18. 5. 1969 abends
1. 6. und 9. 6. 1969
Der Raub der Sabinerinnen
26. 5. 1969
Götz von Berlichingen
3. 6. 1969

Kammerspiel

Die Heimkehr
16. 5. und 25. 5. 1969 und
1. 6. und 9. 6. 1969
Kammertanzabend
17. 5., 19. 5. und 27. 5. 1969
Beute
18. 5. und 26. 5. 1969
Die Zimmerschlacht
20. 5., 21. 5., 22. 5., 23. 5., 28. 5. und 29. 5. 1969 und
8. 6., 10. 6., 11. 6., 12. 6., 13. 6. und 14. 6. und 15. 6. 1969
Amerika hurra
24 5. 1969
Unterstzuoberst (Experimenta III)
30. 5. und 31. 5. 1969
Experimenta III
nolimetangere/comme il faut
2. 6. und 3. 6. 1969
Experimenta III
Futur Realta (Teatro Stabile Torino)
4. 6. und 5. 6. 1969
Experimenta III
Ophelia und die Wörter
(Forumtheater Berlin)
6. 6. und 7. 6. 1969
Veranstalterin der Experimenta III ist die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste
Änderungen vorbehalten

Kleines Theater im Zoo

Frankfurt am Main
Direktion Fritz Rémond
Maiprogramm
MANN, TIER UND TUGEND
Komödie von Luigi Pirandello
Inszenierung: Fritz Rémond
Bühnenbild: Lothar Baumgarten

Juniprogramm
DAS HEISSE HERZ
von John Patrick
mit Hansjörg Felmy
Inszenierung: Hansjörg Felmy
Bühnenbild: Lothar Baumgarten

Beginn: täglich 20 Uhr
Theaterkasse: tägl. von 11 — 14 und 17 — 20 Uhr, Tel. 43 51 66

AUTOMOBILISTEN-ABC

BHAGAWADGITA

(sanskr.: „Gesang der Glückseligen"). Jubeltonfolge gebildeter Autofahrer nach Beendigung eines Familienausfluges in die feiertägliche Einöde der Taunusausflugsgebiete. Unser Bild zeigt den Anfang des beliebten Refrains.

FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. · 1 Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113 · Tel.: 77 91 40

DIE FAHRSCHULE DER STUDENTEN

SEMESTER-SONDERANGEBOTE!

Ringbuch-Einlagen DIN A 4 **80 Blatt**		nur DM	1,68
Ringbuch-Einlagen DIN A 5 **80 Blatt**		nur DM	–,68
Ringbücher DIN A 4 mit Einlage und Register		ab DM	4,90
Ringbücher DIN A 5 mit Einlage und Register		ab DM	2,15
Schreibmaschinen-Papier, beste Qualität	**500 Blatt**	DM	6,45
Vierfarben-Kugelschreiber, Qualitäts-Marke		DM	3,95
Kugelschreiber-Minen in 4 Farben	Stück	DM	–,40
Ringbucheinlagen DIN A 5 **150 Blatt** einmalig	Stück	DM	1,00
Sichthüllen, Plastik DIN A 4	Stück	DM	–,45
Sichthüllen, Plastik DIN A 5	Stück	DM	–,40
Zeichenkarton DIN A 4, weiß, feste Qualität	10 Stück	DM	1,15
Schreibgarnitur 3-teilig		DM	3,95
Zeichengarnitur 4-teilig		DM	–,95
Filzschreiber in 10 Farben	10 Stück	DM	3,95
oder einzeln	1 Stück	DM	–,45
100-Blatt-Blöcke DIN A 4		DM	1,25
Fotokopieren DIN A 4	Stück	DM	–,80

■ **Auf alle sonstigen Schreibwaren 10% Studentenrabatt bei**

KARL MOSTERTS

Frankfurt a. M. - Robert-Mayer-Straße 17 neben der Universität

der Saphirkugel-Kugelschreiber

ist neu und einzigartig. Technisch perfekt – bestechend elegant. Klausurerfahren – seminargeprüft.

Waterman